



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft 2 · Februar 2000 · 55. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Bevölkerungsfortschreibung versus Einwohnermelderegister.

Teil 1: Hat Hessen über 6 Mill. Einwohner?

Indikatoren für nachhaltige Entwicklung einer Kommune —
das Beispiel Viernheim.

Teil 1: Zielsetzung und Konzeption der Fallstudie Viernheim

Daten zur Wirtschaftslage

Hessischer Zahlenspiegel



Auch auf Diskette als PDF-Datei

Inhalt

Bevölkerung	
Bevölkerungsfortschreibung versus Einwohnermelderegister. Teil 1: Hat Hessen über 6 Mill. Einwohner? Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	34
Umwelt	
Indikatoren für nachhaltige Entwicklung einer Kommune — das Beispiel Viernheim. Teil 1: Zielsetzung und Konzeption der Fallstudie Viernheim. Von <i>Dr. Hans Diefenbacher</i> und <i>Stefan Wilhelmy</i>	41
Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung	51
Löhne und Gehälter	
Verdienste im Handwerk im Durchschnitt schwächer als in der Industrie gestiegen. Von <i>Theo Hefner</i>	57
Ganz kurz . . .	58
Hessischer Zahlenspiegel	
Bevölkerung	59
Arbeitsmarkt	59
Landwirtschaft	60
Verarbeitendes Gewerbe	60
Öffentliche Energieversorgung	60
Baugewerbe, Baugenehmigungen.	61
Einzelhandel und Gastgewerbe.	61
Außenhandel	62
Fremdenverkehr, Verkehr.	62
Geld und Kredit	63
Preise	63
Steuern	64
Löhne und Gehälter	64
Buchbesprechungen	Umschlagseiten 3 und 4

Impressum

ISSN 0344 — 5550

Copyright: © Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2000
Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611/3802-0, Telefax: 0611/3802-890
E-Mail: vertrieb@hsl.de — Internet: URL: www.hsl.de

Schriftleitung: Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611/3802-804

Haus-/Lieferadresse: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis: Print: Einzelheft 6,00 DM (Doppelheft 12,00 DM), Jahresabonnement 61,20 DM (zuzüglich Versandkosten)
Digital: Einzelheft 9,00 DM (Doppelheft 18,00 DM), Jahresabonnement 91,80 DM (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 105,00 DM (jeweils zuzüglich Versandkosten)

Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt
Für die Herstellung dieser Zeitschrift wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611/3802-811 oder -807.

Zeichen

— = nichts, weil nichts vorhanden ist oder die Fragestellung nicht zutrifft bzw. weil keine Veränderung eingetreten ist.
. = Zahl nicht vorhanden bzw. Nachweis nicht möglich, weil die Repräsentation zu gering oder die Veröffentlichung aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht gestattet ist.
. . . = Zahl liegt zur Zeit der Berichterstattung noch nicht vor, ist aber zu erwarten.
0 = weniger als die Hälfte der kleinsten darzustellenden Einheit (auch: 0,0).
D = Durchschnitt.
p = vorläufige Zahl(en).
r = berichtigte Zahl(en).
Zahl in Klammern = eingeschränkter Aussagewert.

Im allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

Staat und Wirtschaft in Hessen

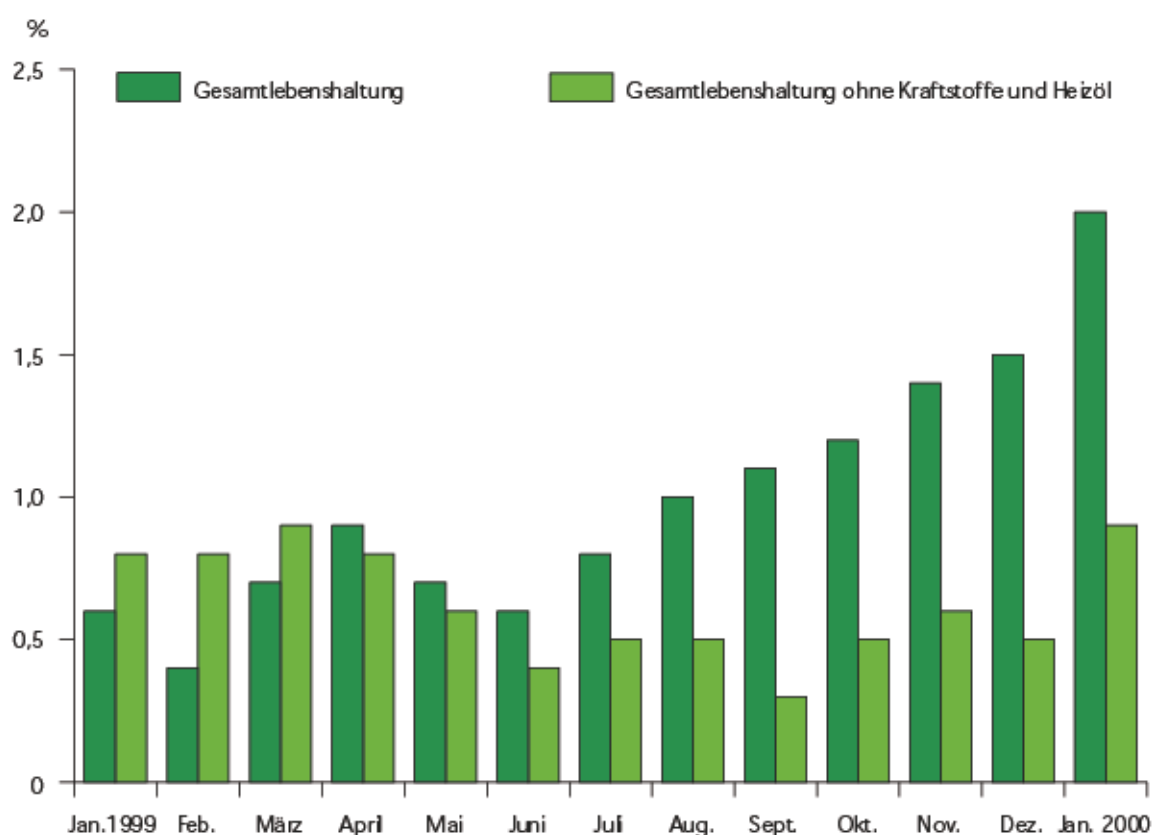
Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

2 · 00

55. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen
von Januar 1999 bis Januar 2000
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in %



HSL 11/00

Bevölkerungsfortschreibung versus Einwohnermelderegister

Teil 1: Hat Hessen über 6 Mill. Einwohner?

Mit dem Jahrtausendwechsel steht weltweit die nächste Volkszählungs-Runde vor der Tür; dazu hat auch die Europäische Gemeinschaft für 2001 entsprechende Leitlinien verabschiedet. Da in der Bundesrepublik Deutschland ein Zensus herkömmlicher Art wie zuletzt 1987 kaum realisierbar erscheint und in der Kürze der Zeit die Umstellung auf ein anderes Verfahren ausgeschlossen ist, wird der Datenbedarf der EU durch das Statistische Bundesamt voraussichtlich mit Ergebnissen aus laufenden Statistiken gedeckt, wie zum Beispiel aus dem Mikrozensus oder aus der Erwerbstätigenrechnung. Unbestritten bleibt, dass eine Bestandsaufnahme auch in Deutschland erforderlich ist; fraglich ist jedoch neben dem Zählungstermin, wie die Umstellung auf eine „Registerauszählung“ ohne zu großen Informations- und Qualitätsverlust zu schaffen ist. Um einen Überblick über den derzeitigen Inhalt der Einwohner-Melderegister (EMR) zu erhalten und eventuelle Mängel quantifizieren zu können, hat das Hessische Statistische Landesamt zweimal – jeweils zum Jahresende 1996 und 1998 – die Gemeinden um Überlassung einer detaillierten Auswertung der Melderegister gebeten, die mit den Ergebnissen der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung abgeglichen wurde. Von den insgesamt 426 hessischen Städten und Gemeinden nahmen 1996 nur fünf, 1998 sogar lediglich zwei überhaupt nicht teil; die kompletten Daten für beide Stichtage haben dagegen genau 400 Gemeinden geliefert. In diesen vergleichbaren Fällen ist der Abstand zwischen Fortschreibung und EMR-Beständen in dem genannten Zeitraum von gut 17 000 auf fast 24 600 zu Gunsten der Fortschreibung angewachsen. Er saldiert sich aus einem Überschuss der Fortschreibung von 49 437 in 148 Gemeinden und einem Überschuss der Register von 24 855 in 250 Gemeinden. In sämtlichen Gemeinden, die im Jahr 1998 teilnahmen, wurden in den Registern zusammen sogar fast 33 500 Personen weniger gezählt als in der Fortschreibung. Damit wäre die Sechs-Millionen-Marke in Hessen Ende 1998 nur noch minimal übertroffen worden. Sollte die tatsächliche Abweichung gegenüber der Fortschreibung sich jedoch in ähnlicher Höhe wie bei der Volkszählung 1987 bewegen, würde diese Grenze deutlich verfehlt. Im Einzelnen schwankten die Abweichungen in den Gemeinden 1998 zwischen einem Minus von 7 % und einem Plus von fast 9 % in den EMR; in über der Hälfte der Gemeinden lagen sie jedoch im Bereich von weniger als +/- 1 %. Nähere Untersuchungen zur Struktur (z. B. Gemeindegrößenklassen, Altersgruppen, Staatsangehörigkeit) enthält Teil 2 in einem der nächsten Hefte. Dabei wird auch kurz über eine zusätzliche Umfrage zu unzustellbaren Wahlbenachrichtigungen und Lohnsteuerkarten sowie über das vorgesehene Gesetz zur Durchführung von Testerhebungen für einen „registergestützten“ Zensus berichtet.

Vorbemerkungen

Rund 2000 Jahre nach der laut Lukas-Evangelium ersten Volkszählung im römischen Reich unter Kaiser Augustus steht für die Zeit um die Jahrtausendwende weltweit die nächste Zensusrunde an. Dem üblichen Zeitrahmen, nach dem in einem Turnus von etwa zehn Jahren Volkszählungen abzuhalten sind, schließen sich auch die Leitlinien der Europäischen Union¹⁾ an, in denen die Mitgliedsstaaten um Lieferung von Daten für das Jahr 2001 gebeten werden. Sie sind allerdings keine verbindliche Rechtsgrundlage, wie beispielsweise eine EU-Verordnung mit ihrem verpflichtenden Charakter, sondern lassen den einzelnen Ländern freie Hand bei Termin und Verfahrensweise. Der Stichtag soll in der Zeit zwischen dem 1. Januar und dem 31. Mai 2001 liegen, so dass die Ergebnisse spätestens bis Mitte 2003 an die EU geliefert werden können. Als mögliche Zählungsmethoden werden traditionelle

Vollerhebungen, repräsentative Stichproben, Nutzung von Verwaltungsregistern oder anderen Verwaltungsquellen sowie die Kombination dieser Verfahren genannt. Die von der EU gewünschten Daten, die weitgehend den bisherigen Standards entsprechen, werden dagegen im Detail aufgezählt. Der Katalog enthält auch die regionale Gliederungstiefe, in der sie jeweils an das Statistische Amt der EU geliefert werden sollen.

In Deutschland hatte schon bald nach der letzten Volkszählung des Jahres 1987 zu Beginn der neunziger Jahre eine Diskussion um die Methode eines künftigen Zensus begonnen²⁾. Haupt-sächlicher Auslöser dafür war das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG) zur ursprünglich für 1983 geplanten Zählung. Darin wurde die traditionelle Vollerhebung als zum damaligen Zeitpunkt adäquate Methode anerkannt, gleichzeitig aber auch gefordert, Alternativen für zukünftige Zensen zu suchen, mit denen sowohl die Belastung der Bürger als auch die Einschränkung ihrer Persönlichkeitsrechte („informationelle Selbstbestimmung“) verringert werden könnten. Während Erhebungsmethode und Umfang des Erhebungsprogramms vor dem BVG Bestand hatten, wurde der so genannte „Registerab-

1) Leitlinien für die Volks- und Wohnungszählung 2001, verabschiedet durch den Ausschuss für das statistische Programm auf der 27. Sitzung am 26./27. November 1997 in Luxemburg.

2) Vgl. „Volkszählung 2000 – oder was sonst?“, Ergebnisse des 5. Wiesbadener Gesprächs am 14. und 15. November 1991, Band 21 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, Mai 1992.

gleich“, also die Nutzung von bei der Volkszählung gewonnenen Daten zur Korrektur der EMR, als nicht verfassungsgemäß beurteilt³⁾. Im Vordergrund der Entscheidung des BVerfG stand demnach nicht automatisch eine Veränderung der Methode bei künftigen Zensen, sondern auf der einen Seite die Wahl des „mildesten Mittels“ gegenüber den (übrigens nach wie vor) Auskunftspflichtigen, und auf der anderen Seite als organisatorische Vorgabe die strikte Trennung zwischen Verwaltung und Statistik — auch oder gerade auf kommunaler Ebene — bei der Erhebung und der Verarbeitung der Daten.

Wenn in Deutschland im Jahr 2001 eine Volkszählung, gleich welcher Art, durchgeführt werden sollte, müsste schon jetzt ein entsprechendes Gesetz vorliegen, um die vielfältigen organisatorischen Vorbereitungen in den Statistischen Ämtern und in den Kommunen rechtzeitig abschließen zu können. Besonders wichtig wäre eine frühe Gesetzesverabschiedung bei einer Umstellung auf eine neue Erhebungsmethode, mit der man noch keinerlei Erfahrungen sammeln konnte. Nach allen bisherigen Erkenntnissen zeichnet es sich nämlich ab, dass in Deutschland ein Zensus herkömmlicher Art wie zuletzt 1987 aus verschiedensten Gründen nicht realisierbar ist. Neben den hohen Kosten werden dabei vor allem (nur vermutete oder tatsächliche?) Akzeptanzprobleme ins Feld geführt. Ein neues Verfahren muss jedoch erst einmal umfassend auf seine Tauglichkeit geprüft werden, bevor man es in der Praxis für einen der Grundpfeiler der amtlichen Statistik einsetzen kann. Keinesfalls kann also für das Jahr 2001 mit einer „Volkszählung“ gerechnet werden, sondern bestenfalls mit Testerhebungen, so dass das Statistische Bundesamt den Datenbedarf der EU auf andere Weise decken muss. Dies wird voraussichtlich mit Ergebnissen aus laufenden Statistiken geschehen, in erster Linie aus der Bevölkerungsfortschreibung und dem jährlichen — auf Fortschreibungs-Niveau angepassten — Mikrozensus, aber auch aus der Beschäftigtenstatistik oder der Erwerbstätigenrechnung und weiteren Quellen. Da es bisher nicht einmal einen Gesetzentwurf für eine Volkszählung gibt, soll im Folgenden kurz über den aktuellen Stand der Diskussion berichtet werden, bevor auf Untersuchungen über die Abweichungen zwischen den Registerbeständen in den Gemeinden und der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung eingegangen wird. Gerade die Qualität der Melderegister ist von entscheidender Bedeutung für den Umstieg auf ein Verfahren, das möglichst ohne flächendeckende Befragung der Bevölkerung auskommen und trotzdem statistisch einwandfreie Ergebnisse liefern soll.

Traditionelle Vollerhebung und Alternativen

Sämtliche deutsche Volkszählungen im abgelaufenen Jahrhundert (1905, 1910, 1925, 1933, 1939, 1946, 1950, 1961,

3) Vgl. dazu im Einzelnen „Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts über das Volkszählungsgesetz 1983“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 39. Jahrg., Heft 1/2, Januar/Februar 1984, S. 1 ff.

4) Auswahlgrundlage war die im Jahr 1968 vorangegangene Gebäude- und Wohnungszählung.

5) Unveröffentlichter Abschlussbericht der AG „Künftige Zensen“ zu Inhalt und Methode, Statistisches Bundesamt, Juni 1995.

1970 und 1987) waren Totalerhebungen, bei denen Zähler das komplette Gemeindegebiet begingen und Formulare an alle Haushalte verteilt oder direkt von ihnen ausfüllen ließen, sofern nicht die Auskunftspflichtigen in die Verwaltungsstellen oder zum Bürgermeister zitiert wurden, wie selbst 1970 in kleinen und überschaubaren Orten noch vereinzelt geschehen. Auf diese Weise konnten die von Zeit zu Zeit zweifellos erforderlichen Bestandsaufnahmen neben der reinen Einwohnerzahl in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung eine Vielzahl kombinierbarer Personen- und Haushaltsdaten liefern, die nach gleichen Kriterien und zu einem einheitlichen Stichtag ermittelt worden waren. Meist waren mit den Volkszählungen noch zusätzliche Gebäude- und Wohnungszählungen sowie Betriebs- oder Arbeitsstättenzählungen verbunden, um einerseits das Erhebungsspektrum abzurunden und andererseits die ohnehin nötige und zu schaffende Organisationsstruktur effektiver auszunutzen. Nicht von der Hand zu weisen ist nämlich, dass die herkömmliche Methode einer „Zählung“ im wörtlichen Sinne — bei allen sonstigen Vorteilen — einen außerordentlich hohen Aufwand bedeutet. Bereits bei der Volkszählung 1970 hatte man versucht, durch die Kombination mit einer 10%-Stichprobe⁴⁾ eine Entlastung zu erreichen. Dies gelang aber letztlich nur gegenüber den Befragten, die zu 90 % einen einseitigen Fragebogen mit dem üblichen vollständigen Grundprogramm zu beantworten hatten, während darüber hinaus gehende Fragen, z. B. zu Ausbildung, ausgeübter Tätigkeit, Eheschließungsjahr oder bei Frauen zum Geburtsjahr der Kinder und letztlich gar zum Einkommen (I), dem Stichprobenteil vorbehalten blieben. Neben dem zusätzlichen organisatorischen Aufwand bei Abgrenzung und Erhebung des Stichprobenteils entsprachen auch die Ergebnisse — vor allem in der tiefstmöglichen regionalen Gliederung auf Kreisebene — nicht immer den Qualitätsansprüchen.

Ohnehin kann eine Stichprobe keinen vollwertigen Volkszählungersatz darstellen, da ein wesentliches Ziel mit ihr nicht erreicht werden kann: Die Ermittlung einer exakten Einwohnerzahl für alle Gemeinden, auf der neben der Bevölkerungsfortschreibung eine Vielzahl von Rechtsvorschriften (u. a. auch der Finanzausgleich oder die Stimmenzahl im Bundesrat) aufbaut, ist auf diese Weise ausgeschlossen. Wie sollte im Übrigen eine Stichprobe gezogen und später hochgerechnet werden, wenn man die Grundgesamtheit nicht kennt? Diese Problematik wurde auch von der Arbeitsgruppe „Künftige Zensen“ so bewertet, die 1992 vom wissenschaftlichen Beirat für Volkszählung und Mikrozensus eingerichtet worden war und — unter hessischer Beteiligung — bis 1995 eine größere Anzahl von Alternativ-Modellen zu einer herkömmlichen Vollerhebung ausarbeitete⁵⁾. Schon damals wurden auch die Möglichkeiten einer Nutzung verschiedener Verwaltungsregister untersucht, wobei man zu dem Ergebnis kam, *dass das Einwohnermelderegister allein weder inhaltlich noch qualitativ einen Volkszählungersatz bieten könne*. An diesen Feststellungen hat sich, wie nachfolgend noch gezeigt

wird, bis heute im Prinzip nichts geändert, auch wenn sich die letzte Bundesregierung eindeutig für den Umstieg auf eine „registergestützte Zählung“ ausgesprochen hat⁶⁾. Dass aber nach der Wiedervereinigung und den enormen Wanderungsströmen während der 90er Jahre in Folge der generellen Öffnung zum Osten und insbesondere der Auseinandersetzungen auf dem Balkan gerade in Deutschland eine Bestandsaufnahme erforderlich ist, dürfte kaum jemand bestreiten. Übrigens lassen fast alle anderen europäischen Staaten ihre Bevölkerung in den Jahren 2000 oder 2001 tatsächlich „zählen“; in Frankreich und Litauen fanden die Zählungen sogar schon im März bzw. im Dezember des letzten Jahres statt. Dabei überwiegt eindeutig das konventionelle Verfahren, in einigen Ländern auch kombiniert mit Daten aus Registern oder mit Stichproben. Lediglich in den nordischen Ländern und den Niederlanden, wo es zentrale Einwohnerregister mit teilweise erheblich mehr Merkmalen als in unseren kommunalen Registern gibt, ersetzen schon jetzt reine Registerauswertungen die Volkszählungen.

Dieser viel beschworene „Paradigmenwechsel“ soll kurzfristig auch für Deutschland vollzogen werden. So ganz neu ist diese Methode freilich nicht: In Preußen, wo damals alle drei Jahre die Bevölkerung gezählt wurde, wurden bereits 1840 bestehende Einwohnerlisten als Volkszählungssurrogate benutzt, ein Verfahren, das allerdings schon zur damaligen Zeit nicht gerade positiv bewertet wurde. Dr. Ernst Engel, der „Director des königlichen statistischen Bureaus“, schreibt im März 1861 im Vorfeld der für dieses Jahr geplanten neuerlichen Zählung⁷⁾:

„Die wesentlichsten Methoden der Volkszählung und Volksbeschreibung sind, um von den schlechtesten anzufangen:

- 1) *Die Bestimmung der Zahl durch Schätzung und Berechnung.*
- 2) *Die Construction der Zählung aus Einwohnerlisten.*
- 3) *Die protokollarische Zählung, d. h. die protokollarische Vernehmung der Familienhäupter über ihre Angehörigen resp. der Hausbesitzer über ihre Hausbewohner, in Gemeindeversammlungen.*
- 4) *Die individuelle, aber nicht namentliche Zählung von Haus zu Haus durch Ortstabellen.*

6) Der Begriff „registergestützt“ ist gegenüber dem bisherigen Sprachgebrauch insofern irreführend, als er nur eine Auszählung von Registerdaten unterstellt, ohne eine tatsächliche Zählung der Einwohner einzuschließen. Die Volkszählung 1987, bei der Zähler auf der Basis von Registerauszügen ihre Bezirke zu befragen hatten, hätte man demnach eher so bezeichnen können.

7) „Die Methoden der Volkszählung, mit besonderer Berücksichtigung der im preussischen Staate angewandten“, Zeitschrift des königl. preussischen statistischen Bureaus, Nr. 7, April 1861, Berlin.

8) Eine ausführliche Beschreibung enthält die Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter von Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Bayern „Zensus 2001 — Stand der Methodendiskussion“, erschienen als Sonderdruck aus der Statistischen Rundschau Nordrhein-Westfalen, Ausgabe August 1998.

9) Seit 1957 wird der Mikrozensus in der Bundesrepublik Deutschland jährlich als Repräsentativstatistik (1%–Stichprobe) über die Bevölkerung und die Beteiligung am Erwerbsleben durchgeführt.

5) *Die individuelle und namentliche Zählung von Haus zu Haus durch besondere Zähler mittels Anwendung von Hauslisten.*

6) *Die individuelle und namentliche Zählung von Haushalt zu Haushalt durch besondere Zähler mittels Anwendung von Haushaltlisten.“*

Ergänzt wird diese Auflistung in einer Synopse der Zählungen für die Zeit von 1840 bis 1858 durch

7) *„Die individuelle und namentliche Zählung mittels Haushaltungslisten durch die Haushaltungsvorstände selbst.“*

Diese Methode, dass also erstmals die Befragten selbst die Formulare ausfüllen sollten, wurde in „Brüsseler“ bzw. „Londoner Congressbeschlüssen“ von 1853 und 1860 empfohlen. Ausgangsbasis dafür war wohl die „grosse und durch ihre Vortrefflichkeit berühmte Volkszählung in Belgien im Jahr 1846“.

Nach diesem kleinen Exkurs wieder zurück zur aktuellen Situation in Deutschland, die hier allerdings nur stark verkürzt und in groben Zügen dargestellt werden kann⁸⁾: Ausgehend von der im Jahr 1996 getroffenen Entscheidung der damaligen Bundesregierung gegen eine herkömmliche Volkszählung erarbeitete eine Arbeitsgruppe „Gemeinschaftsweiter Zensus“ der Statistischen Ämter ein Konzept, das für die „reinen“ Bevölkerungsdaten auf einer Auszählung der Melderegister beruhte. Daneben sollten aus dem Register der Bundesanstalt für Arbeit (BA) Daten über die Erwerbstätigkeit gewonnen werden und der Mikrozensus⁹⁾ für weitere Fragestellungen das Zahlenmaterial liefern. Dieses als „Bundesmodell“ bezeichnete Konzept wurde aber von den Statistischen Ämtern der Länder mehrheitlich abgelehnt, weil es insbesondere die Interessen der Regional- und Kommunalstatistik zu wenig berücksichtigte. Außerdem betrachtete man es als erheblichen Mangel, dass die aus verschiedenen Quellen gewonnenen Daten nebeneinander gestellt und nicht, wie bei Volkszählungen bisher üblich, personenbezogen verknüpft werden sollten. Außerdem wollte der Bund auf die Erhebung von Gebäude- und Wohnungsdaten verzichten, da er der EU, die entsprechende Ergebnisse in ihren Leitlinien ebenfalls gewünscht hatte, Kompetenzen in diesem Bereich absprach. Von den Statistischen Ämtern einiger Bundesländer wurde als Alternative ein so genanntes „Ländermodell“ entworfen, das sich in wesentlichen Punkten vom „Bundesmodell“ unterscheidet:

1. Es wird vorab eine postalische Gebäude- und Wohnungszählung durchgeführt, mit der nicht nur die einschlägigen Daten gewonnen werden sollen, sondern auch eine Verbesserung der ebenfalls auf den EMR basierenden demografischen Daten angestrebt wird, insbesondere bei der Zuordnung der Personen zu Haushalten. Außerdem könnte eine solche Gebäude- und Wohnungszählung —

bei Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen — auch für den Aufbau entsprechender (kommunaler) Register für spätere Zensen genutzt werden.

2. Die Daten aus anderen Registern, also z. B. der Bundesanstalt für Arbeit, werden vor der Auswertung mit den demografischen Daten personenscharf zusammengeführt, sicher eine schwierige Aufgabe, da es außer Namen und Anschrift keinen gemeinsamen Identifikator gibt.
3. Eine postallische Ergänzungsstichprobe im Erwerbsbereich soll Daten über Selbständige und mithelfende Familienangehörige liefern.
4. Durch die Zusammenführung der Daten aus den Punkten 1 und 2 werden Einzeldatensätze erzeugt, die in großen Teilen denen früherer Zählungen entsprechen und somit bei fast allen Merkmalen eine Auswertung für Gemeinden und Gemeindeteile zulassen. Lediglich bei den aus der Stichprobe gewonnenen Daten beschränkt sich die Gliederung auf die Kreisebene. Beim Bundesmodell können nur die demografischen Daten aus dem EMR bis zu den Gemeindeteilen nachgewiesen werden. Für die meisten erwerbsstatistischen Daten ist dagegen die Gemeinde die tiefste Gliederungsstufe, für den Rest der Daten der Regierungsbezirk oder bestenfalls die regionale Anpassungsschicht des Mikrozensus¹⁰⁾.

Bei all diesen Betrachtungen darf man jedoch nicht vergessen, dass es nicht zu allen Fragestellungen früherer Volkszählungen oder auch der EU-Richtlinie Daten in Registern gibt. Neben den bereits genannten Gebäude- und Wohnungsangaben (mit ihren vielfältigen Untergliederungen nach Baualter, Eigentumsverhältnissen, Zahl der Wohnungen im Gebäude, Fläche, Anzahl der Räume, Ausstattung, Beheizung und Belegung von Wohnungen u. ä. mehr) fehlen sie vor allem für die Bereiche Schul- und Berufsausbildung sowie Pendelwanderung. Bei Letzterem sind zwar für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Wohn- und Arbeitsort zu ermitteln, es fehlen aber die Angaben über benutzte Verkehrsmittel und Zeitaufwand sowie sämtliche Pendlerangaben für Schüler und Studierende sowie Selbständige und Beamte. Gegenüber dem bisherigen Standard wird also eine „registergestützte“ Volkszählung — gleich ob Bundes- oder Ländermodell — ein Torso bleiben. Trotzdem oder auch gerade deshalb muss die amtliche Statistik ihr ganzes Fachwissen einbringen und alle Bestrebungen daran setzen, zumindest für eine hohe Qualität der aus den Registern abzuleitenden Fakten bürgen zu können, damit sie nicht ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzt. Das beginnt bei Untersuchungen sämtlicher möglicher Datenquellen, also nicht allein der Einwohnermelderegister, und endet bei Tests auf ihre Brauchbarkeit in der praktischen Umsetzung. Dabei muss gleichzeitig eine Methode gefun-

den, geprüft und zuletzt rechtlich abgesichert werden, mit der aus dem eingeschränkten Merkmalskatalog der größte Nutzen bei niedrigem Aufwand zu erzielen ist.

Mängel bei Fortschreibung und in Registern

Hinlänglich bekannt ist aus der Vergangenheit, dass die Fortschreibung der Bevölkerung mit zeitlicher Entfernung von ihrem Ausgangspunkt, also in der Regel dem Stichtag der vorangegangenen Volkszählung, verstärkt von der Realität abweicht, was ja immer als ein wesentlicher Grund für die Notwendigkeit vollständiger Bestandsaufnahmen in gewissen Zeitabständen betrachtet wurde. So lag bei der letzten Volkszählung im Jahr 1987 die zum Stichtag 25. Mai festgestellte Einwohnerzahl in Hessen mit 5 507 800 um gut 44 000 bzw. um 0,8 % unter der fortgeschriebenen Bevölkerungszahl, die für den Tag davor mit 5 551 500 Personen ermittelt worden war. Damals waren in etwa 260 Gemeinden weniger Einwohner gezählt worden als die Fortschreibung ausgewiesen hatte. Gemeinden mit hohen einstelligen, in einigen Fällen auch zweistelligen Abweichungsraten waren dabei keine Seltenheit. In einem Fall ergab die Volkszählung sogar über ein Fünftel weniger Einwohner als die Fortschreibung. Bei gut 160 Gemeinden wurden durch die Volkszählung mehr Einwohner ermittelt als sie laut Fortschreibung besaßen, wobei sich die Quote in dieser Richtung bis etwa 6 % bewegte. Lediglich in einer einzigen Gemeinde waren damals beide Zahlen identisch. Für die teilweise relativ hohen Abweichungen gab es mehrere Gründe: In erster Linie ist hier der außerordentlich lange Zeitraum von 17 Jahren zwischen den beiden Zählungen zu nennen. Dazu kam noch die Änderung des Bevölkerungsbegriffs durch ein neues Melderecht im Jahr 1983, durch den die Ausgangsbasis 1970 im Grunde obsolet geworden war. Während es bei Personen mit mehreren Wohnsitzen bis zur Rechtsänderung für die Zuordnung zur Bevölkerung maßgebend war, von wo aus sie ihrer Arbeit oder Ausbildung nachgingen, wurde nun der „Familienwohnsitz“ oder der überwiegende Aufenthalt das entscheidende Kriterium. Mit der neuen Regelung sollte eigentlich eine Objektivierung erreicht werden, sie führte aber in der Praxis nicht selten zu Streitfällen (z. B. bei Studenten). Auch die so genannte „Anstaltsbevölkerung“ war nicht immer eindeutig zuzuordnen, sofern die betreffenden Personen noch an einem anderen Ort mit Wohnsitz gemeldet waren. Dies konnte durchaus Unterfassungen bei der Volkszählung 1987 am Ort der Einrichtung zur Folge haben.

Fehlerquellen gibt es andererseits auch bei der Bevölkerungsfortschreibung, die — nach einem bundeseinheitlichen Verfahren — auf der Auswertung der Standesamtszählkarten für Geburten und Sterbefälle sowie der Meldescheine der Meldeämter beruht. Als relevante Vorgänge für die Fortschreibung (und gleichzeitig auch für die Registerführung) sind neben den Geburten und den Sterbefällen die Zu- und Fortzüge über die Gemeindegrenze sowie die Wechsel von Staatsangehö-

¹⁰⁾ Mit der Einführung des neuen Auswahlplanes ab 1990 wurden in Hessen neun regionale Anpassungsschichten mit einer Durchschnittsgröße von derzeit rund 660 000 Einwohnern gebildet.

rigkeit und Wohnungsstatus (Haupt- oder Nebenwohnung) zu verbuchen. Ein Zuzug wird mit einer Anmeldung erfasst, ein Fortzug mittels einer Durchschrift der Anmeldung mit der Angabe des bisherigen Wohnsitzes von der Zuzugsgemeinde an die frühere Gemeinde. Falsche Angaben zur bisherigen Wohnung (wenn z. B. ein Student beim Wechsel des Studienorts die letzte Universitätsstadt als vorherigen Wohnsitz angibt, obwohl er dort nicht mit Hauptwohnsitz gemeldet war) können zu Fehlabbuchungen führen. Eine eigenständige *Abmelded*pflicht besteht nur noch bei einem Fortzug ins Ausland; sie unterbleibt aber erfahrungsgemäß nicht selten gerade in solchen Fällen. Ein Statuswechsel von Nebenwohnung zu Hauptwohnung, bzw. umgekehrt in der korrespondierenden Gemeinde, wird analog zum Verfahren bei einem Zuzug oder Fortzug behandelt.

Diese Vorgänge sollten eigentlich in gleicher Weise Eingang in die Melderegister finden. Umso erstaunlicher sind die später noch zu beschreibenden Differenzen zwischen diesen beiden Beständen. Zum Teil können sie darauf beruhen, dass im Zusammenhang mit der Volkszählung 1987 keine Registerbereinigung mehr zulässig war, also bereits die Ausgangsbasis zwischen Fortschreibung (1987 ermittelte Einwohnerzahl) und Registern (letzte flächendeckende Bereinigung war 1970 möglich) unterschiedlich war. Andererseits können für die Register aber auch laufend Erkenntnisse aus anderen Verwaltungsvorgängen zu ihrer Aktualisierung eingearbeitet werden, z. B. in Verbindung mit Wahlen, Zustellung von Lohnsteuerkarten, Ausstellung von Pässen oder Ausweisen u. ä. mehr. So hat die Landeshauptstadt Wiesbaden 1994 im Nachgang zu den damaligen Ausländerbeiratswahlen über 4000 „Kartelleichen“ von Nichtdeutschen aus dem Register entfernt. Da die betreffenden Personen von Amts wegen abgemeldet wurden, führte dies auch zu einer Korrektur in der Bevölkerungsfortschreibung. Neben Nachlässigkeiten bei der Beachtung der Meldepflicht dürfte auch die Festlegung von Haupt- oder Nebenwohnung nicht immer korrekt und bei EMR und Fortschreibung gleich sein. Eine bessere Kongruenz der beiden Bestände könnte also sicher dadurch erreicht werden, dass jede Person nur noch an einem Wohnort meldepflichtig (und auch meldeberechtigt) wäre. Nicht selten werden nämlich Wohnsitze allein wegen irgendwelcher Vergünstigungen begründet, z. B. wegen billigerer Kfz-Versicherung, steuerlicher Abschreibungsmöglichkeit einer Wohnung oder gar nur deshalb, um am Heimatort beerdigt werden zu kön-

nen. Die Möglichkeit derartiger Konstruktionen, die sogar dazu führen, dass im Melderegister so genannte „*Pflichthäuser*“ für Personen ohne Wohnraum in der Gemeinde gebildet werden, wäre damit unterbunden.

Umfrage zu Registerbeständen 1996 und 1998

Eingehende empirische Untersuchungen über die Qualität der Melderegister wurden bisher — zumindest in Hessen — noch nicht durchgeführt. Eine Möglichkeit dazu gäbe es ohne zusätzliche Erhebungen vor Ort im Zusammenhang mit dem jährlichen Mikrozensus, indem man sich für die insgesamt rund 3200 Stichprobenbezirke in Hessen Registerauszüge von den Gemeinden liefern ließe, um die von den Interviewern ermittelten Personendaten mit denen des Registers abzugleichen. Dabei könnten neben den reinen Fallzahlen auch einige Grunddaten beider Bestände auf ihre Übereinstimmung geprüft werden. Auch eine Qualitätsuntersuchung des für einen „registergestützten“ Zensus geplanten Haushalte-Generierungsverfahrens¹¹⁾ wäre in diesem Rahmen denkbar. Für eine personenscharfe Zusammenführung beider Bestände müsste wohl eine spezielle Rechtsgrundlage geschaffen werden, falls nicht § 6 Abs. 2¹²⁾ oder § 7 Abs. 2¹³⁾ des Bundesstatistikgesetzes (dann allerdings nur mit einem begrenzten Auswahlumfang) ausreichen sollten. Eine rein summarische Gegenüberstellung beider Ergebnisse dürfte zwar rechtlich unproblematisch sein, könnte aber nur Hinweise zur Größenordnung der Abweichungen geben, ohne sie im Einzelnen zu belegen oder gar die Ursachen aufzufindig zu machen.

Um aber wenigstens einen Überblick über den derzeitigen Inhalt der Einwohner-Melderegister zu erhalten und eventuelle Mängel quantifizieren oder besonders betroffene Personengruppen herausfiltern zu können, hat das Hessische Statistische Landesamt zweimal — jeweils mit Stichtag am Jahresende 1996 und 1998 — die Gemeinden um Überlassung einer detaillierten Auswertung gebeten, die mit den Ergebnissen der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung abgeglichen wurde. Inhalt des Abgleichs waren die Einwohner am Ort der Hauptwohnung in der Gliederung nach Geschlecht, Altersjahren, Deutschen und Nichtdeutschen. Auch mit einer Auswertung dieser Ergebnisse lässt sich freilich nicht feststellen, ob Abweichungen auf Fehlern der Fortschreibung oder des Registers beruhen. Es können lediglich Anhaltspunkte darüber gewonnen werden, in welchen Städten und Gemeinden vordringlich Maßnahmen zu einer gezielten Überprüfung eingeleitet werden sollten. Häufig wird in diesem Zusammenhang von einer „*Ertüchtigung*“ der Melderegister gesprochen, soll heißen, die Register für einen auf sie aufbauenden Zensus qualitativ tauglich zu machen. Bei strenger Beachtung früherer Maßstäbe für statistische Qualitätsstandards müsste aber zuvor flächendeckend nach einheitlichen Kriterien und neutral überwacht eine allgemeine Registerbereinigung stattfinden. Ansonsten besteht die Gefahr, dass gerade die Gemeinden mit

11) Auch der Haushalts- und Familienzusammenhang ist nicht im EMR gesichert. Er soll aus einer Reihe von Hilfsmerkmalen des Registers, in erster Linie natürlich auf Grund der Namen, aber auch der Daten des Einzugs in die Wohnung, der Eheschließung u. ä., näherungsweise maschinell ermittelt werden. Erfahrungsgemäß werden dabei überproportional viele Ein-Personen-Haushalte „produziert“.

12) Zur Vorbereitung einer Bundesstatistik anordnende Rechtsvorschrift können die statistischen Ämter des Bundes und der Länder zur Bestimmung des Kreises der zu Befragenden und deren statistischer Zuordnung Angaben erheben sowie Fragebogen und Erhebungsverfahren auf ihre Zweckmäßigkeit erproben (ohne Auskunftspflicht).

13) Zur Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragestellungen auf dem Gebiet der Statistik dürfen Bundesstatistiken ohne Auskunftspflicht durchgeführt werden.

Bevölkerungsstand ausgewählter Gemeinden in Hessen gemäß Einwohnermelderegister und Fortschreibung

Jahr ¹⁾	Anzahl der Gemeinden	Bevölkerung insgesamt			
		EMR	Fort-schreibung	Differenz	
				Anzahl	%
Weniger im Register als in der Fortschreibung					
1996	145	2 801 184	2 843 571	- 42 387	- 1,5
1998	148	3 081 789	3 131 226	- 49 437	- 1,6
Mehr im Register als in der Fortschreibung					
1996	252	2 813 501	2 788 163	25 338	0,9
1998	250	2 520 633	2 495 778	24 855	1,0
Register gleich Fortschreibung					
1996	3	10 291	10 291	—	—
1998	2	18 663	18 663	—	—
Gemeinden zusammen					
1996	400	5 624 976	5 642 025	- 17 049	- 0,3
1998	400	5 621 085	5 645 667	- 24 582	- 0,4

1) Jeweils am Jahresende.

einer ordentlichen Registerführung finanzielle Nachteile erleiden oder auch Zählungsergebnisse angefochten werden.

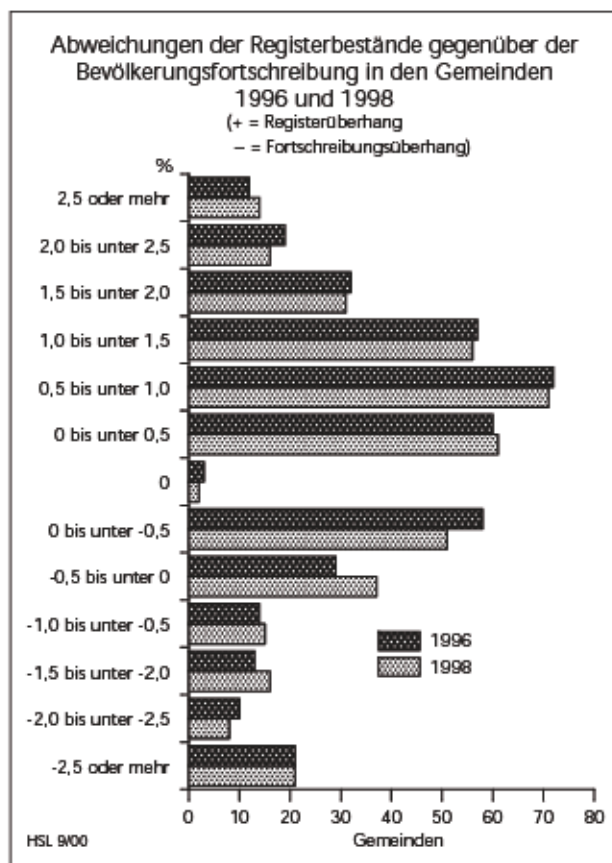
400 Gemeinden an beiden Stichtagen beteiligt

Von den insgesamt 426 hessischen Städten und Gemeinden nahmen 1996 nur fünf, 1998 sogar lediglich zwei überhaupt nicht an der freiwilligen Umfrage teil. Für 1996 schickten 406 Gemeinden ihre Daten in der gewünschten Form zu, zwei Jahre danach 413. Die restlichen 15 bzw. 11 Gemeinden lieferten Datenmaterial, das aus unterschiedlichsten Gründen nicht alle Vorgaben erfüllte, meist jedoch, weil die dort benutzte Software entsprechende Auswertungen nicht standardmäßig anbot, die Gemeinden aber nicht mit Sonderauswertungen belastet werden sollten. Für *beide* Stichtage haben genau 400 Gemeinden mit zusammen über 5,64 Mill. Einwohnern (gemäß Fortschreibung) die Daten in der kompletten Version geliefert. Damit waren fast 94 % der Gemeinden und der Einwohner in die Untersuchung einbezogen. Allein in diesen vergleichbaren Fällen wurden Ende 1998 fast 24 600 Personen mehr in der Fortschreibung gezählt als in den EMR enthalten waren. Innerhalb von nur zwei Jahren ist damit der Abstand zwischen den beiden Beständen von gut 17 000 um über 40 % zu Gunsten der Fortschreibung angewachsen. Dieses zunehmende Auseinanderklaffen der Bestände war in der Mehrzahl der Gemeinden festzustellen, nämlich in 227. In 174 davon schlug sich dies auch in einer größeren prozentualen Abweichung nieder. Geringer als zwei Jahre zuvor war die absolute Differenz Ende 1998 dagegen in 173 Gemeinden, was sich bei 147 von ihnen auch in einer etwas niedrigeren relativen Abweichung auswirkte. Diese Quote hat sich aber in der Summe der 400 einbezogenen Gemeinden in den beiden betrachteten Jahren von 0,3 auf 0,4 % erhöht.

Die Gesamtdifferenz in diesen Gemeinden saldierte sich 1998 aus einem Überschuss der Fortschreibung von 49 437 Personen in 148 Gemeinden und einem Überschuss der Register von 24 855 Personen in 250 Gemeinden. Ersterer hat im Vergleich zu 1996 allein um über 7000 Personen zugenommen, wogegen der Überschuss der EMR um knapp 500 Personen abnahm. Während sich also im Durchschnitt der betreffenden Gemeinden die Registerüberschüsse bei nur knapp 100 Personen bewegten, waren die durchschnittlichen Überschüsse der Fortschreibung mit 334 Personen mehr als dreimal so hoch, weil sich unter diesen Gemeinden gehäuft die größeren Städte befanden. Die Registerüberschüsse hatten auch zwei Jahre zuvor bei durchschnittlich 100 Personen gelegen, die Überschüsse der Fortschreibung dagegen noch unter 300. Hier hat sich unter anderem ausgewirkt, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden, die Ende 1996 einen geringen Registerüberschuss hatte, in die letztgenannte Kategorie wechselte.

Abweichungen bis 10 %

Im Einzelnen schwankten die Abweichungen in den Gemeinden 1998 zwischen einem Minus von 7 % (1996 sogar 10 %) und einem Plus von fast 9 % (gut 5 %) in den EMR gegenüber der Fortschreibung. In jeweils 220, also in über der Hälfte der Gemeinden, lagen sie jedoch zu beiden Zeitpunkten im Bereich von weniger als +/- 1 %. Dabei ist die Zahl der Gemeinden, in denen die Differenzen weniger als ein halbes Prozent betragen, leicht von 121 auf 115 zurückgegangen. Darunter befanden sich 1996 drei und 1998 zwei Gemeinden mit einer



Übereinstimmung zwischen Fortschreibung und EMR. Diese betraf aber nur die jeweiligen Gesamtzahlen der — in den beiden Jahren übrigens verschiedenen — Gemeinden¹⁴⁾, während es schon bei eindimensionaler Untergliederung, beispielsweise nach Geschlecht oder Deutschen/Nichtdeutschen auch dort Differenzen gab, die sich allerdings untereinander aufhoben.

Abweichungen von 2 % oder mehr wurden 1996 bei 62 Gemeinden und 1998 bei 59 Gemeinden ermittelt. Sie teilten sich jeweils etwa zur Hälfte der Fälle auf Überschüsse in den Registern bzw. in der Fortschreibung auf. Betroffen waren jedoch davon unterschiedlich viele Einwohner. Vor allem, dass die Register weniger Einwohner enthielten als die Fortschreibung, führte bei den betreffenden Gemeinden zu großen Differenzen: 1996 lagen dort die Registerbestände um fast 29 000 unter der Fortschreibung, 1998 sogar um deutlich mehr als 37 000. Das Plus im Register summierte sich demgegenüber bei den entsprechenden Gemeinden nur auf 5800 bzw. 6200 Personen. Die sich daraus ergebenden negativen Salden von 23 000 bzw. 31 000 Personen in den EMR zeigen, dass nur rund 30 Gemeinden für den Großteil der gesamten Abweichung in Hessen verantwortlich waren.

Hat Hessen über 6 Mill. Einwohner?

In sämtlichen 424 Gemeinden, die im Jahr 1998 an der Umfrage teilnahmen, wurden in den Registern zusammen fast 33 500 Personen weniger gezählt als in der Fortschreibung. Damit wäre die Sechs-Millionen-Marke in Hessen Ende 1998 nur noch knapp, nämlich um nicht einmal 1700 Personen übertroffen worden. Sollte sich jedoch die tatsächliche Abweichung gegenüber der Fortschreibung in ähnlicher Höhe wie bei der Volkszählung 1987 bewegen, wäre diese Grenze deutlich verfehlt. Mit etwa 48 000 Personen weniger käme das Land dann nur noch auf rund 5 987 000 Einwohner. Vor

¹⁴⁾ 1996 waren dies Bromskirchen, Habichtswald und Nentershausen, 1998 Lorsch (Bergstraße) und Zierenberg.

allem wegen des mit über 12 % sehr hohen Anteils von Nichtdeutschen in Hessen und der bei ihnen relativ häufig unterlassenen Abmeldungen bei einer Rückkehr in die Heimatländer scheint dies nicht ausgeschlossen. Aus einer derart veränderten Ausgangslage könnten sich, sofern nicht in den anderen Ländern ähnliche Verschiebungen in die gleiche Richtung festgestellt würden, Auswirkungen auf eine Reihe von Werten ergeben, die sich auf die Einwohnerzahl beziehen, sowohl im Verhältnis des Landes zu anderen Bundesländern als auch — auf dieser Ebene vielleicht sogar noch in verstärktem Maße — zwischen den Kommunen innerhalb Hessens. Zu nennen wäre hier in erster Linie der Finanzausgleich, zumal die Steuer- und die Wirtschaftskraft rechnerisch je Einwohner wachsen würden. Außerdem würde das Land beim Absinken unter die Sechs-Millionen-Grenze wieder eine seiner derzeit fünf Stimmen im Bundesrat verlieren.

Vorschau

Die von den Gemeinden gelieferten Tabellen lassen wesentlich tiefer gehende Untersuchungen zu möglichen Ursachen der Differenzen oder doch wenigstens zu ihrer Lokalisierung zu. Von Interesse ist dabei insbesondere, ob es eine Konzentration der Abweichungen zwischen Fortschreibung und EMR auf bestimmte Bevölkerungsgruppen oder Gemeindetypen gibt, um hier den Hebel für eine Verbesserung der Verfahren ansetzen zu können. Über Auswertungen nach Gemeindegrößenklassen wird deshalb in Teil 2 in einem der nächsten Hefte ebenso berichtet wie über Ergebnisse für Altersgruppen, Geschlecht und Staatsangehörigkeit. Dabei soll auch früheren Hinweisen nachgegangen werden, dass sich eine hohe Mobilität einzelner Personengruppen, z. B. von Studenten, in der Qualität der Register negativ niederschlägt. In diesem Zusammenhang wird kurz auf eine zusätzliche Umfrage für das Jahr 1998 zu unzustellbaren Wahlbenachrichtigungen und Lohnsteuerkarten eingegangen. Abschließend wird zudem noch über die weiteren Planungen, insbesondere über das vorgesehene Gesetz zur Durchführung von Testerhebungen für einen „registergestützten“ Zensus, informiert. □

Indikatoren für nachhaltige Entwicklung einer Kommune - das Beispiel Viernheim

Teil 1: Zielsetzung und Konzeption der Fallstudie Viernheim

Etwa 40 % der hessischen Kommunen haben mittlerweile die Erarbeitung einer Lokalen Agenda 21 beschlossen und damit die Nachhaltigkeit zum Leitbild der künftigen Kommunalentwicklung erhoben. Die Autoren haben im Rahmen eines Förderprogramms des Landes Hessen für die Stadt Viernheim ein Indikatorensystem entwickelt, das nachhaltige Entwicklung im kommunalen Bereich messbar machen soll. Parallel dazu wurde ein Kriterienkatalog erarbeitet, mit dem einzelne Projekte im Sinne der Nachhaltigkeit bewertet werden können. Im ersten Teil des Beitrags wird die Konzeption der Fallstudie vorgestellt, und der zweite Teil zeigt die praktische Anwendung der beiden Instrumente.

Nachhaltige Entwicklung und Lokale Agenda 21

Nachhaltigkeit, Zukunftsfähigkeit, dauerhaft umweltgerechte Entwicklung — gleichgültig, wie der englische Ausdruck „sustainable development“ übersetzt wird, die Bezeichnungen haben sich im politischen Alltag etabliert. Die Begriffe sind positiv besetzt, und sofern sie abstrakt verwendet werden, ist ihnen allgemeine Zustimmung sicher. Das gilt insbesondere für die Definition der Brundtland-Kommission, die nachhaltige Entwicklung als eine Entwicklung beschreibt, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können¹⁾.

Der Dissens beginnt, wenn man versucht, den Begriff inhaltlich zu füllen. Mittlerweile besteht jedoch weitgehend Konsens darüber, dass sich das Leitbild der Nachhaltigkeit zumindest auf die drei Dimensionen von *Ökologie*, *Wirtschaft* und *Gesellschaft* beziehen muss. Eine nachhaltige Entwicklung — ob einer Nation als Ganzem oder eines kleineren Gemeinwesens wie einer Region oder einer Stadt — ist nur dann möglich, wenn die einseitige Ausrichtung auf *eines* der drei

Ziele vermieden wird. Zwischen den drei Dimensionen besteht eine gegenseitige Abhängigkeit. Keiner der drei Bereiche kann verfolgt werden, ohne die beiden anderen ebenfalls zu beachten. Vergleichbar dem magischen Viereck aus der wirtschaftspolitischen Diskussion kann und wird es aber immer wieder zu Zielkonflikten kommen.

Wer den Begriff der nachhaltigen Entwicklung im kommunalen Bereich verwenden will, muss zunächst prüfen, ob dieser Begriff als Grundlage für die Entwicklung eines politikfähigen Konzeptes überhaupt geeignet ist. Danach erst kann die Phase der Operationalisierung einsetzen, und zwar in zweifacher Weise: Zum einen müssen die Inhalte des Konzeptes näher bestimmt, zum anderen muss das Prozedere festgelegt werden, mit dem der kommunale Prozess in Richtung auf eine nachhaltige Entwicklung vorangebracht werden soll. Auch für dieses Prozedere gibt es in den letzten Jahren einen übergeordneten Rahmen, der allerdings — wie der Begriff der nachhaltigen Entwicklung — konkretisiert und mit Leben gefüllt werden muss: die so genannte „*Lokale Agenda 21*“.

In Hessen werden die Städte und Gemeinden bei der Erarbeitung dieser kommunalen Aktionsprogramme seit April 1998 von der Landesregierung mit dem Förderprogramm „Lokale Agenda 21 — Hessen 2010“ unterstützt. Gefördert werden sowohl inhaltliche Studien als auch die organisatorische Begleitung von Prozessen zur Erarbeitung einer Lokalen Agenda 21. Das Programm wird vom Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft Hessen (RKW Hessen) in Eschborn betreut, Fördermittel können von hessischen Kommunen nach einem bestimmten Schlüssel im Verhältnis zur Einwohnerzahl beantragt werden. Dabei schlagen die Kommunen auch vor, welche Studien von welchen Bearbeitern durchgeführt werden sollen und wen sie mit der Moderation von Gesprächskreisen, Diskussionszirkeln oder „Runden Tischen“ beauftragen möchten. Die *Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft* (FEST) wurde in diesem Zusammenhang mit der Aufgabe betraut, im Auftrag des RKW Hessen und in enger Absprache mit der Kommunalverwaltung die Studie „Viernheim auf dem Weg zur Lokalen Agenda 21“ zu erstellen. Neben den beiden Autoren hat daran von Seiten der FEST auch Dr. Volker Teichert mitgewirkt; von argeplan Stuttgart war an der Studie Prof. Lutz Hachenberg beteiligt. An einem Teilprojekt hat außerdem Dirk Dewald (Universität Mannheim) mitgearbeitet.

*) Hans Diefenbacher, Dr. rer. pol., Dipl. Volkswirt, geb. 1954; wiss. Mitarbeiter an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. Heidelberg, Beauftragter des Rates der Evangelischen Kirchen in Deutschland für Umweltfragen. Hauptarbeitsgebiete: Verhältnis von Ökologie und Ökonomie, Weltwirtschafts- und -finanzsystem; Tel.: 06221/9122-34 · E-Mail: hans.diefenbacher@bund.net.

Stefan Wilhelmy M.A., Politikwissenschaftler, geb. 1968; wiss. Mitarbeiter an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. Heidelberg. Hauptarbeitsgebiete: nachhaltige Entwicklung, Lokale Agenda 21, Entwicklungspolitik; Tel.: 06221/9122-22 · E-Mail: 101.167228@germany.net.de.

1) Übers. bei Hauff, Volker (Hrsg.) (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven: Eggenkamp, S. 46ff.

Forschungsschwerpunkte der Viernheim-Studie

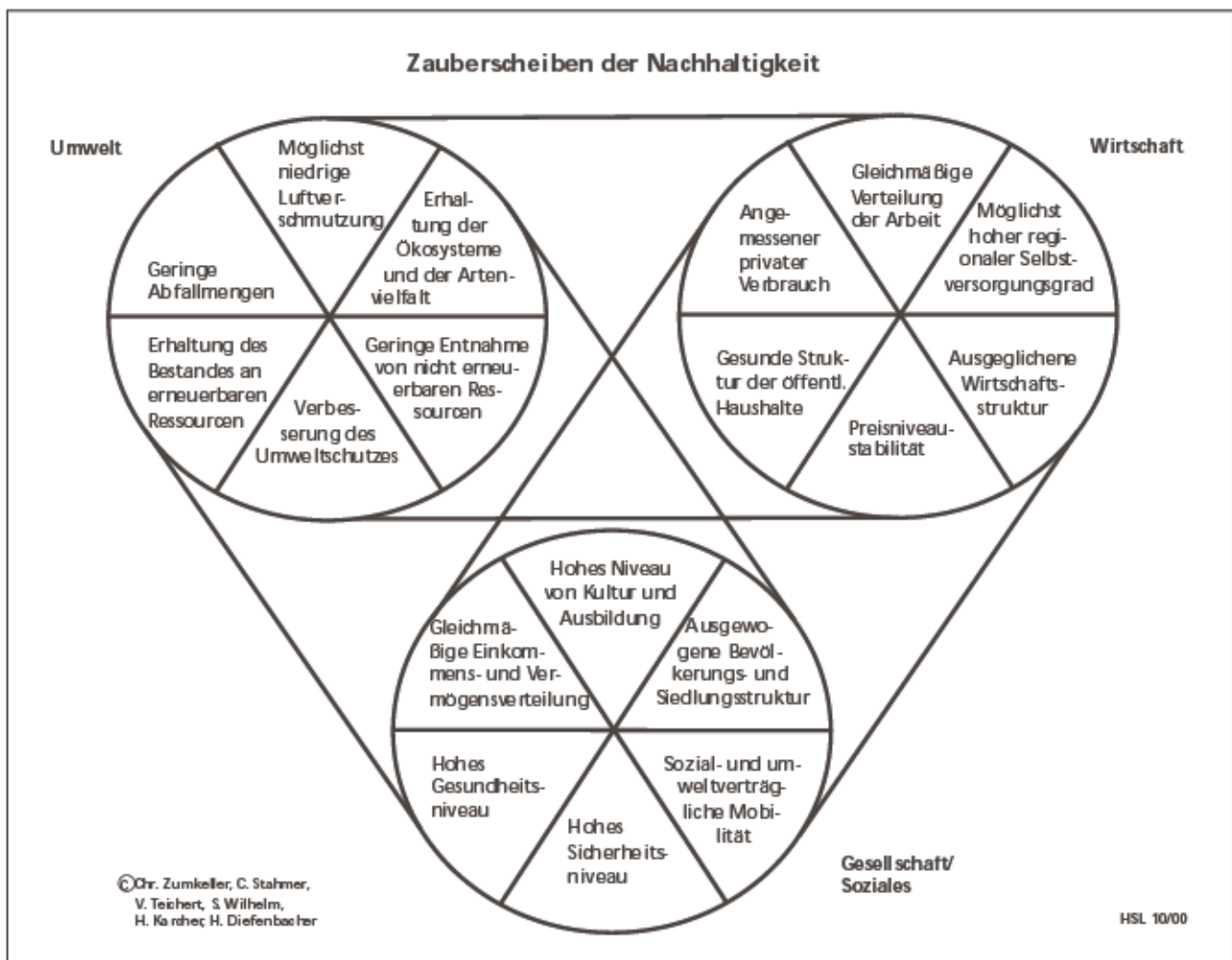
Der Auftrag entstand zunächst aus der Bitte, Materialien zu erarbeiten, die für die Auftakt-Phase der Erarbeitung einer Lokalen Agenda 21 verwendbar sein sollten. Bei ersten Gesprächen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung ergaben sich dann jedoch verschiedene Fragen, die schließlich den Analyserahmen der Studie bildeten:

- Inwieweit hat sich die Stadt Viernheim durch Beschlüsse, Verwaltungsrichtlinien und Ähnliches bereits selbst verpflichtet, in Richtung auf die Umsetzung von Bestandteilen einer Lokalen Agenda 21 zu arbeiten — auch ohne dass dieser Begriff schon explizit verwendet worden ist?
- Welche bereits bestehenden Projekte und Maßnahmen könnten als Teil einer Lokalen Agenda 21 angesehen werden?
- Wie können in Viernheim Fortschritte — oder Rückschläge — auf dem Weg der Verwirklichung einer Lokalen Agenda 21 gemessen werden?
- Und schließlich: Gibt es erste Empfehlungen, um Schwächen, die bei der Bearbeitung der ersten drei Fragestellungen in Viernheim sichtbar geworden sein mögen, zu begegnen?

Die Erstellung eines Überblicks, inwieweit in Dokumenten der Stadt Viernheim selbst bereits wichtige Bezugspunkte oder Aktionsfelder zum Leitbild der „nachhaltigen Entwicklung“ enthalten sind, erwies sich als unverzichtbar: Sehr oft werden viele Aktivitäten zu einer Lokalen Agenda 21 unternommen, ohne dass die entsprechenden Beschlüsse der Kommunalparlamente oder die bestehenden Projekte unterschiedlicher Akteure in der Gemeinde in diesem Zusammenhang gesehen oder in diesen eingeordnet werden. Diese Bestandsaufnahme ist ebenso wie die Formulierung von Handlungsempfehlungen naturgemäß sehr ortsspezifisch und auf andere Kommunen nicht übertragbar. Im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrags stehen daher die *Projektelevaluation* und die Frage der *Messbarkeit von Nachhaltigkeit mit Indikatoren*. Beide Aspekte gewinnen für die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen zunehmend an Bedeutung. Neben der eigentlichen Verwendung als Analyseinstrument kommt einem Indikatorensystem dabei auch die Funktion zu, die überwiegend projektorientierten Lokale-Agenda-21-Prozesse zu strukturieren.

Indikatoren zur Lokalen Agenda 21 in Viernheim

Die Entwicklung des Indikatorensystems für Viernheim konnte auf vorangegangenen Arbeiten der FEST aufbauen. Im



Rahmen einer vergleichenden Studie, die von der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg gefördert wurde, war für Heidelberg und den Rhein-Neckar-Raum ein System von ökologischen, ökonomischen und sozialen Indikatoren entwickelt worden²⁾. Im Vorfeld dieser Basis-Studie stellte sich zunächst die Frage, wie der Begriff der Nachhaltigkeit auf der kommunalen und regionalen Ebene operationalisiert werden kann. Für die Bereiche Ökologie, Ökonomie und Soziales wurden dazu in einem ersten Schritt jeweils sechs Teilziele zur nachhaltigen Entwicklung formuliert. Diese wurden dann in zahlreichen Gesprächskreisen und Konsultationen interessierter Akteure innerhalb und außerhalb der betrachteten Regionen diskutiert und im Laufe dieser Diskussionen zum Teil auch revidiert. Am Ende dieser Phase konnte über die Ziele einer wünschenswerten gesellschaftlichen Entwicklung ein recht hoher Konsens bei den beteiligten Gruppen erreicht werden — von den Fachwissenschaftlern über die Kommunalverwaltung und ökologische Bürgerinitiativen bis hin zu einzelnen Interessengruppen. Das Ergebnis dieses Prozesses wird im Schaubild „Zauberscheiben“ wiedergegeben.

Die in diesem Schaubild aufgeführten Teilziele bildeten auch den Ausgangspunkt für die Arbeiten in Viernheim. Sowohl die Entwicklung von Kriterien zur Projektbewertung als auch die Konzeption des Indikatorensystems setzen hier an. Bevor das für Viernheim entwickelte Indikatorensystem im weiteren vorgestellt wird, soll zunächst dargelegt werden, welche Kriterien an Indikatoren im Kontext der Nachhaltigkeit anzulegen sind und welche Anforderungen sich daraus für ein System von Nachhaltigkeitsindikatoren ergeben.

Indikatoren zur nachhaltigen Entwicklung - was können sie leisten?

Die Auswahl von Indikatoren für nachhaltige Entwicklung ist in verschiedener Hinsicht eine Gratwanderung. Zum einen müssen Indikatoren wissenschaftlich aussagefähig, jedoch so auf die Entwicklung der Gesellschaft orientiert sein, dass sie als Grundlage für politische Entscheidungen verwendet werden können. Zum anderen müssen Indikatoren die zu Grunde liegenden Messwerte oder die auf andere Weise gewonnenen Informationen so verdichten, dass sie weder durch übergroße Abstraktion aussagegelost werden, noch dürfen zu viele Einzeldaten unverbunden nebeneinander stehen.

Indikatoren müssen messbar sein, wobei messbar in einem weiten Sinne zu verstehen ist. Es kann sich um einzelne statistische Angaben handeln, um Zahlenwerte, die aus statisti-

schen Angaben berechenbar sind, ebenso wie um Werte chemischer Analysen oder physikalischer Messungen von Umweltmedien. In Frage kommen aber auch weniger genau quantifizierbare Daten wie die Farbe von Blättern, die Form einer Baumkrone, der Geruch eines Gewässers: Daten, die zwar im Prinzip auf physikalisch-chemische Messwerte reduzierbar wären, bei denen diese Art der Objektivierung in der Regel aber nicht erfolgt³⁾.

Indikatoren müssen trennscharf sein. Das bedeutet, dass der jeweilige Wert eines Indikators eine Aussage darüber erlauben muss, ob die bezeichnete Eigenschaft des betrachteten Systems im guten oder im schlechten Bereich liegt — sofern es möglich ist, über die Zielgröße einen gesellschaftlichen Konsens zu finden.

Zudem ist es nützlich, wenn Indikatoren Vergleiche zwischen verschiedenen Regionen erlauben (Kommunen, Landkreise, Bundesländer, Staaten oder andere relevante geografisch eingrenzende Gebiete, z. B. Wassereinzugsgebiete). Das setzt insbesondere voraus, dass die zu Grunde liegenden statistischen Angaben oder Messgrößen auch in anderen Regionen mit der gleichen oder einer vergleichbaren Methode ermittelt werden können. Häufig interessiert jedoch nur der zeitliche Verlauf eines Indikatorwertes für eine Region, dann gilt diese Forderung nicht. Vor allem für Indikatoren, die auf kommunaler Ebene verwendet werden sollen, ist anzustreben, dass sie ohne großen Aufwand ermittelbar und leicht verständlich sind. Bei Änderungen des Systemzustands muss sich mindestens ein Indikatorwert ändern, und der neue Wert sollte schnell verfügbar sein.

Nicht zuletzt muss auch der Kostenfaktor berücksichtigt werden, der O'Connor zu der Forderung nach „optimally inaccurate indicators“ geführt hat⁴⁾. Da Datenerhebung und -aufbereitung kostenintensive und zeitraubende Arbeiten sind, sollten neue Daten beziehungsweise Indikatoren nur dann gefordert werden, wenn eine Kosten-Nutzen-Analyse einen klaren Hinweis gibt, dass die Faktengrundlage für den politischen Entscheidungsprozess mangelhaft ist. Übergenaue Informationssysteme bergen die Gefahr, als Alibi für politisches Nicht-Handeln missbraucht zu werden. Auf ein Kriterium kann jedoch natürlich nicht verzichtet werden: Auch der optimal „ungenau“ Indikator muss korrekte und möglichst zeitgenaue Signale an das politische System liefern.

Anforderungen an ein System von Indikatoren

Wichtig ist, nicht nur die Anforderungen an den *einzelnen* Indikator im Blick zu behalten, sondern zusätzlich die Kriterien für die Gestaltung des gesamten *Systems* von Indikatoren. Es ist davon auszugehen, daß neben zahlreichen Interdependenzen innerhalb eines Bereiches — Ökonomie, Ökologie oder Soziales — auch enge Verflechtungen *zwischen* diesen Bereichen bestehen. Durch Querschnitt-Auswertungen der jeweils angesprochenen Indikatoren kann das zum Ausdruck

2) Diefenbacher, Hans / Karcher, Holger / Stahmer, Carsten / Teichert, Volker (1997): Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im regionalen Bereich. Ein System von ökologischen, ökonomischen und sozialen Indikatoren. FEST: Heidelberg.

3) Vgl. dazu u. a. Kay, James J. (1991): The Concept of Ecological Integrity, Alternative Theories of Ecology, and Implications for Decision-Support Indicators, in: Canadian Environmental Advisory Council (Hrsg.): Economic, Ecological, and Decision Theories: Indicators of Ecologically Sustainable Development. Ottawa: CEAC, S. 23—58.

4) O'Connor, James (1994): Towards Environmentally Sustainable Development. Paper presented to the 19th Session of the General Assembly of IUCN. Buenos Aires, 18.1.1994.

kommen. Beispielsweise können Entwicklungen im wirtschaftlichen Bereich sowohl positive als auch negative Konsequenzen im sozialen und im ökologischen Bereich hervorrufen, die ihrerseits wieder positiv oder negativ, eventuell aber auch sich gegenseitig neutralisierend, auf den wirtschaftlichen Bereich rückwirken. Im folgenden Beispiel werden mögliche positive (+) und negative (-) Interdependenzen zwischen dem ökologischen, ökonomischen und sozialen Bereich mithilfe einiger Nachhaltigkeitsindikatoren skizziert.

Problemlage:

Geplante Ansiedlung eines Industrieunternehmens

- ⇒ Aufträge für Bauunternehmen und Handwerksbetriebe in der Region steigen (+)
 - ⇒ Bedarf an Arbeitskräften steigt (+)
 - ⇒ Zahl der Arbeitslosen sinkt (-)
 - ⇒ Zahl der Sozialhilfeempfänger sinkt (+)
 - ⇒ Entlastung für den Kommunalhaushalt (+)
 - ⇒ neue Mittel für Bildung und Kultur (+)
- ⇒ zunehmende Flächenversiegelung (-)
 - ⇒ Lebensraum für wildlebende Arten wird beschnitten (-)
- ⇒ zunehmende Schadstoffbelastung (-)
 - ⇒ Zahl der Allergiker und Asthmatiker steigt (-)
 - ⇒ Arztkosten steigen (-)
- ⇒ Steuereinnahmen steigen (+)
 - ⇒ zusätzliche Mittel für vor- und nachsorgende Umweltschutzmaßnahmen (+)

Um zu bewerten, ob sich eine Maßnahme für das gesamte System als Schritt in Richtung Nachhaltigkeit erweist, müssen die unterschiedlichen Auswirkungen gegeneinander abgewogen werden. Der Abwägungsprozess gestaltet sich umso leichter, je mehr man über die ökonomischen, ökologischen und sozialen Gegebenheiten in der betrachteten Region weiß: So werden sich Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, die mit zusätzlichem Flächenverbrauch und steigenden Schadstoffemissionen verbunden sind, in einer Region

mit hoher Arbeitslosigkeit leichter durchsetzen lassen als in einer Region, in der die Luftqualität schlecht und die Arbeitslosenquote niedrig ist. Eventuelle Zielkonflikte können auf Grund der größeren Transparenz von Interdependenzen infolge der guten Kenntnis der lokalen Gegebenheiten leichter gelöst und entsprechende Maßnahmen exakt auf die lokale Situation zugeschnitten werden. Der Zielfindungsprozess ist jedoch immer auch davon abhängig, dass die Wünsche und Bedürfnisse der einzelnen betroffenen Gruppen artikuliert und in den Entscheidungsprozess eingebracht werden. Weitere Kriterien ergeben sich aus der im Folgenden beschriebenen Methode.

Zur gewählten Methode der Indikatorenbildung

Wie schon die Bestimmung der Teilziele nachhaltigen Wirtschaftens, so wurde auch die Auswahl von Indikatoren in einem mehrstufigen Prozess durchgeführt. Am Beginn stand die systematische Auswertung bereits vorhandener Indikatoren-systeme, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll⁵⁾. In den letzten beiden Jahren sind eine Reihe weiterer Arbeiten zur Konzeptionierung lokaler Indikatoren für nachhaltige Entwicklung erschienen, die in der angegebenen Quelle (Fußnote 5) noch nicht erfasst werden konnten. Diese Arbeiten wurden für die Präsentation der Indikatoren-Vorschläge für Viernheim, die in einem ersten Schritt als Diskussionsgrundlage entworfen wurden, mit berücksichtigt⁶⁾.

In einem zweiten Schritt wurden in der Stadt Viernheim eine größere Zahl von Interviews und Expertengesprächen durchgeführt, in deren Folge die vorgegebenen achtzehn Teilziele nachhaltiger Entwicklung in einem Punkt geringfügig modifiziert wurden – Teilziel N wurde von „gleichmäßiger“ in „gerechte“ Einkommens- und Vermögensverteilung abgeändert. (vgl. Übersicht S. 47/48). Darüber hinaus ergab sich aus den Gesprächen die Notwendigkeit, das bestehende Set durch drei Ergänzungsbausteine zu erweitern, in denen unter einem thematischen Gesamtaspekt jeweils drei weitere Teilziele nachhaltiger Entwicklung angesprochen werden. Während in der Basis-Studie zu Heidelberg und dem Rhein-Neckar-Kreis die achtzehn Teilziele durch einen Block von jeweils sechs Indikatoren ergänzt wurden, die auf die jeweiligen regionalen Besonderheiten Rücksicht nehmen sollten, ist in Viernheim dieser Block durch die drei Bausteine ersetzt worden, die parallel zum Kernbereich der Studie aufgebaut sind: Auch in den Ergänzungs-Modulen werden Teilziele der nachhaltigen Entwicklung formuliert und durch Indikatoren abgebildet. (vgl. Übersicht S. 49).

Im nächsten Schritt erfolgte dann die Festlegung der Indikatoren, die der Viernheimer Katalog am Ende umfassen sollte. MacGillivray kam im Jahr 1995 in seiner Auswertung existierender Indikatoren-systeme zu dem Schluss, dass es keine Einigkeit über die Anzahl der Einzelindikatoren in einem idealen Indikatoren-system gibt: Die Zahlen, die genannt werden, rangieren zwischen 1 und über 300⁷⁾. Diese Uneinigkeit besteht

5) Vgl. hierzu Diefenbacher, Hans/Teichert, Volker/Wilhelmy, Stefan (1997): Regionale Indikatoren für nachhaltige Entwicklung — Expertise im Auftrag der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Heidelberg: FEST, Dezember 1997.

6) Vgl. unter anderem Perera-Manzanedo, Prudencio (1999): "European Commission — Common Indicators for Local Sustainability", in: Climate Europe [Hrsg. Climate Alliance Frankfurt], Heft 2, 1999, S. 2—4; Breumelhof, Theo (1999): "The Hague's ecological footprint", in: *ibid.*, S. 10—12; AG Regionale Entwicklung (Hrsg.) (1999): Bewertung der Nachhaltigkeit des Ortsteils Schrock/Stadt Marburg bezüglich seiner regionalen Entwicklung, Marburg: hekt. Mskr.; B.A.U.M. Consult GmbH (Hrsg.) (1999): Indikatorenliste für Nachhaltigkeitsberichte, München: hekt. Mskr.; Dosch, Fabian/Fuhrich, Manfred (1999): Konzept und Indikatorenprofile für eine indikatoren-gestützte Erfolgskontrolle [Arbeitspapier 3/1999], Bonn: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Zur Debatte um nationale Indikatoren vgl. auch Leitschuh-Fecht, Heike (1999): „Endlich Zahlen statt Sprechblasen — mit Indikatoren für Nachhaltigkeit soll die Debatte über ein zukunftsfähiges Deutschland konkret werden“, in: Frankfurter Rundschau vom 2. März 1999.

7) MacGillivray, Alex (1995): Indicators Indicators everywhere, in: *ders.* (ed.): Accounting for Change, London: New Economics Foundation, S. 11—14 (Zitat 12).

weiter fort. Die in der vorliegenden Studie gewählte Zahl von **54 Indikatoren** — 36 Indikatoren im „Kern-System“ und pro Ergänzungsmodul 6, in diesen Modulen also insgesamt 18 — ist ein Kompromiss im Hinblick auf mehrere divergierende Anforderungen an das Gesamtsystem:

- Der Katalog soll Probleme aus den Bereichen Umwelt, Wirtschaft und Soziales möglichst umfassend beschreiben; diese Anforderung spricht für eine hohe Zahl von Indikatoren.
- Der Katalog soll Benutzerinnen und Benutzer nicht in einer Datenflut ertrinken lassen, sondern möglichst signifikante Aussagen für die übergeordnete Problemstellung — nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im regionalen Bereich — erlauben; diese Anforderung spricht für möglichst wenig Indikatoren.
- Der Katalog soll sowohl Fragebereiche erfassen, die spezifisch für regionale Entwicklungen im Allgemeinen sind, er soll aber auch möglichst dicht an der spezifischen Problemlage in Viernheim sein — ein Argument für eine hohe Zahl von Indikatoren.
- Der Katalog soll möglichst leicht handhabbar sein, und zwar sowohl im Hinblick auf zukünftige, möglichst wenig kostenaufwendige Aktualisierungen als auch hinsichtlich seiner Übertragbarkeit auf andere Regionen. Er sollte von Gruppen und Initiativen, die sich für Fragen der Lokalen Agenda 21 interessieren, möglichst ohne einschlägiges Fachstudium benutzt werden können — ein Argument für eine eher geringe Zahl von Indikatoren.

Die Vorbilder, die in der Auswertung der Literatur berücksichtigt werden konnten, umfassen wenigstens 15 und höchstens 150 Indikatoren. Während die Systeme mit einer Zahl von unter 30 Indikatoren sich meist nur auf Teilbereiche, etwa die ökologischen Probleme, konzentrieren, weisen Systeme mit deutlich über 100 Indikatoren oft Redundanzen auf oder sind vom Anspruch geleitet, alle auftretenden Probleme möglichst lückenlos anzusprechen. Weder das eine noch das andere Ziel war für die vorliegende Studie maßgeblich.

Um die achtzehn gewählten Teilziele abzudecken, schien in der Basis-Studie für Heidelberg und den Rhein-Neckar-Kreis im Mittel eine Zahl von drei Indikatoren notwendig. Bei einigen Teilzielen, etwa für das Ziel „Hohes Gesundheitsniveau“, erschien diese Zahl gerade ausreichend, für andere Bereiche, etwa für das Ziel „Preisniveaustabilität“, eher großzügig bemessen. Aber es war eine bewusste Entscheidung, keinem der achtzehn Teilziele, wenn auch nur implizit, durch mehr Indikatoren ein höheres Gewicht zu geben. Um das Indikatoren-system frei von einer derartigen Vorab-Bewertung zu halten, wird jedes Teilziel durch die gleiche Anzahl von Indikatoren repräsentiert. In der Basis-Studie erschien deshalb die Verwendung von jeweils drei Indikatoren als annehmbarer Kompromiss.

Diese Gleichgewichtung wurde beibehalten, allerdings wurde die **Zahl der Indikatoren pro Teilziel** der nachhaltigen Entwicklung auf **zwei** reduziert. Wir waren zunächst davon ausgegangen, dass ein Indikatoren-system für eine kleinere Stadt wie Viernheim nicht mehr als etwa 40 Indikatoren umfassen sollte — vor allem wegen der Frage der Handhabbarkeit für die zukünftige Arbeit mit dem System. Das System sollte so konzipiert werden, dass es in Zukunft auch ohne Inanspruchnahme von Fördermitteln mit einem möglichst geringen Arbeitsaufwand in der Stadt selbst aktualisiert und fortgeschrieben werden kann — entweder von Gruppen, die sich in Prozessen der Lokalen Agenda 21 selbst engagieren oder durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt. Da in den Gesprächen aber die Ergänzung durch weitere Teilziele der nachhaltigen Entwicklung unabdingbar schien, weist das hier vorgestellte System im Kernbereich 36, insgesamt jedoch 54 und nicht nur 40 Indikatoren auf. Mit dem vorliegenden System von Indikatoren sollen natürlich keine „abschließenden Wahrheiten“ verkündet werden, sondern es soll in erster Linie als ein Diskussionsangebot für die Menschen in der Region verstanden werden. Denn für welche Zahl von Indikatoren man sich auch entscheidet — das Ergebnis wird immer ein Kompromiss sein müssen, der von den Akteuren in der Kommune mitgetragen werden muss.

In den genannten Diskussionen und Konsultationen wurden oft auch schon einige der jeweils besonders relevanten Indikatoren zur Diskussion gestellt. Im Kern-Bereich der achtzehn Teilziele der nachhaltigen Entwicklung ergab sich dabei ganz überwiegend eine Bestätigung der Diskussionsergebnisse aus dem Projekt in Heidelberg und dem Rhein-Neckar-Kreis. Die Indikatoren in den Ergänzungs-Modulen wurden zum Teil breiter diskutiert, teilweise auch auf der Grundlage von ausführlicheren „Vorschlagslisten“ von Indikatoren, teilweise vor allem auch mit weiteren externen Experten. Die Anregungen zur Überarbeitung des Kataloges von Indikatoren wurden anschließend von den Projektbearbeitern gemeinsam diskutiert und in der bereits bewährten Form eines Aushandlungsprozesses akzeptiert oder verworfen.

Als wichtige Erweiterung gegenüber der Basis-Studie von Heidelberg und dem Rhein-Neckar-Kreis wird in dem System für Viernheim bei den meisten Indikatoren ein möglicher Zielwert zur Diskussion gestellt. Auch dies soll nun wiederum keineswegs so interpretiert werden, als verfügten wir über ein gesichertes Wissen, aus dem wir das genaue Aussehen einer „nachhaltigen Stadt“ ableiten könnten. Vielmehr sind die genannten Zielwerte ebenfalls als Anregung für die Diskussion vor Ort gedacht. Die Suche nach sinnvollen Orientierungsgrößen führte zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen:

- Bei bestimmten Indikatoren lässt sich ein Level der Belastung oder der Schädigung von Umweltressourcen angeben, das mit Sicherheit nicht erreicht werden darf, wenn ein bestimmter Zustand noch als nachhaltig gelten soll.

- Bei anderen Indikatoren erscheinen bestimmte Zielgrößen oder Entwicklungen nahe liegend, die sich am Querschnitt vergleichbarer Gemeinden orientieren oder die zumindest eine Entwicklungsrichtung vorgeben.
- Bei wieder anderen Indikatoren erscheint es uns als „externer“ Gruppe von Experten nicht sinnvoll, einen Zielwert „von außen“ vorzugeben: Dies ist jeweils ein Hinweis darauf, dass der kommunalpolitische Prozess der Entscheidungsfindung hier in eine besondere Pflicht genommen ist.

Die Abweichungen des „Ist-Zustandes“ vom jeweiligen Zielwert mag nun wiederum als Indikator dafür dienen, wie dringlich es ist, auf das entsprechende Teilziel nachhaltiger Entwicklung mit problemadäquaten Maßnahmen und Projekten einzuwirken. Ein besonderes Warnsignal liegt stets dann vor, wenn sich die aktuelle Entwicklung immer weiter vom Zielwert entfernt. Entschließt sich eine Kommune, auf den festgestellten Ist-Zustand zu reagieren, sollte sie in der Lage sein, die mögliche Wirkung ihres Handelns auf die einzelnen Nachhaltigkeitsziele abschätzen zu können. Ein Instrument könnte dabei der entwickelte Kriterienkatalog zur Projektbewertung sein, der auf dem Indikatorensystem aufbaut und hier im nächsten Kapitel beschrieben wird. Die Übersicht auf den Seiten 47—49 zeigt zunächst das System von Indikatoren, wie es für Viernheim konzipiert wurde. In der Studie selbst werden diese Indikatoren auf je einer Doppelseite ausführlich dargestellt.

Kriterien zur Beurteilung von Projekten für nachhaltige Entwicklung

Wenn sich eine Kommune zur Erarbeitung einer Lokalen Agenda 21 entschließt, kann es gerade in einer Stadt wie Viernheim natürlich nicht darum gehen, „das Rad neu zu erfinden“. Beispielsweise hat sich die Stadt Heidelberg nach längeren Diskussionen entschlossen, den Stadtentwicklungsplan 2010 als „die“ Heidelberger Lokale Agenda 21 zu nehmen, nachdem dieser Plan im Rahmen eines arbeitsaufwendigen Prozesses mit einem hohen Maß der Beteiligung von Bür-

gerinnen und Bürgern zu Stande gekommen war. Auf der anderen Seite muss eine Lokale Agenda 21 aber auf jeden Fall mehr sein, als „alten Wein in neue Schläuche“ zu gießen. Das Innovative dieses Ansatzes ginge verloren, wollte man einfach nur einige bereits in Arbeit befindliche Projekte und Vorhaben verschiedener Akteure im kommunalen Bereich unter der Überschrift „Lokale Agenda 21“ zusammenfassen. Dennoch besteht, wie wir bereits ausgeführt haben, einer der ersten Schritte zu einer Lokalen Agenda 21 notwendigerweise darin, Stärken und Schwächen der Entwicklung in einer Gemeinde im Hinblick auf die unverzichtbaren Handlungsfelder der Agenda 21 zu ermitteln.

Um bestehende oder geplante Projekte hinsichtlich ihres möglichen Beitrages zu einer Lokalen Agenda 21 zu untersuchen, empfiehlt es sich, sie nach einem möglichst einheitlichen Raster zu evaluieren. So kann eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse hergestellt werden, so weit dies eben möglich und sinnvoll ist. Ein solches Schema wird auf Seite 50 dargestellt. Ein Durchgang durch die einzelnen Positionen liefert zumindest die wichtigsten Informationen hinsichtlich eines möglichen Beitrages des jeweiligen Projektes zur nachhaltigen Entwicklung der Kommune. Natürlich muss vor einer Verabsolutierung von Ergebnissen einer solch schematischen Untersuchung gewarnt werden; jede Vereinfachung führt zu Ungenauigkeit, doch lassen sich ohne Vereinfachungen keine Kriterien für (kommunal-)politische Entscheidungen formulieren. Es ist wichtig, sich auch im Zuge einer solchen Untersuchung zu vergegenwärtigen, dass die politische Entscheidung für oder gegen ein bestimmtes Projekt oder eine bestimmte Maßnahme immer eine Gratwanderung zwischen einer objektiven Analyse von Fakten und einer politischen Setzung von Prioritäten sein muss.

Die praktische Anwendung der Indikatoren wird im zweiten Teil des Beitrags, der in einer der nächsten Ausgaben erscheinen wird, an einigen ausgewählten Beispielen demonstriert werden. In diesem zweiten Teil wird auch der Versuch unternommen, ein bestehendes Projekt an Hand der entwickelten Kriterien zu bewerten.

Indikatorensystem für die Stadt Viernheim

I. Umwelt

A. Geringe Abfallmengen

- A1 Angellefelter Haus- und Sperrmüll in kg je Einwohner
- A2 Anteil der wiedergewonnenen Wertstoffe an den Siedlungsabfällen

B. Möglichst niedrige Luftverschmutzung

- B1 Grad der Umsetzung des Hauptziels der Brundtland-Idee (Reduktion der Kohlendioxid-Emissionen um 30 % bis 2010)
- B2 Schwefeldioxidimmissionen in $\mu\text{g je m}^3$

C. Erhaltung der Öko-Systeme und der Artenvielfalt

- C1 Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche
- C2 Zahl der gefährdeten Tier- und Pflanzenarten

D. Erhaltung des Bestandes an erneuerbaren Ressourcen

- D1 Wasserverbrauch der privaten Haushalte in Liter pro Einwohner und Tag
- D2 Anteil der Waldfläche in Waldschadenskategorien 2—4 im Wuchsgebiet der Region

E. Geringe Entnahme von nicht erneuerbaren Ressourcen

- E1 Anteil der Häuser bzw. Wohneinheiten, die mindestens den Niedrigenergiehaus-Standard erfüllen
- E2 Verhältnis der Produktion von Strom aus regenerativen Energieträgern (hier: Solar) und Blockheizkraftwerken zum Stromverbrauch insgesamt

F. Verbesserung des Umweltschutzes

- F1 Anteil der Umweltschutz-Investitionen der Kommune an den Gesamt-Investitionen
- F2 Zahl der Unternehmen mit Umweltmanagementsystemen nach EG-Öko-Audit-Verordnung und/oder ISO 14.000

II. Wirtschaft

G. Gleichmäßige Verteilung der Arbeit

- G1 Zahl der Langzeitarbeitslosen
- G2 Arbeitslosigkeit bei Frauen und Männern im Vergleich

H. Angemessener privater Verbrauch und Ausstattung der Haushalte

- H1 Durchschnittliche Wohnfläche in qm pro Person
- H2 Pkw-Bestand bezogen auf 1000 Einwohner

I. Möglichst hoher regionaler Selbstversorgungsgrad

- I1 Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe
- I2 Anbieter auf dem Wochenmarkt, deren Produkte ökologisch oder zu einem hohen Anteil in der Region erzeugt wurden

K. Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur

- K1 Bruttowertschöpfung in DM je Einwohner
- K2 Anzahl der Beschäftigten

L. Preisniveaustabilität

- L1 Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1995 = 100)
- L2 Preisindex der Mieten

M. Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte

- M1 Ausgaben des Vermögens- und Verwaltungshaushalts in DM je Einwohner
- M2 Kommunale Schulden in DM je Einwohner

III. Gesellschaft und Soziales

N. Gleichmäßige Einkommens- und Vermögensverteilung

- N1 Sozialhilfeempfänger insgesamt
- N2 Pro-Kopf-Einkommen

O. Hohes Niveau von Kultur und Ausbildung

- O1 Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss
- O2 Anzahl der Teilnehmer an Kursen der drei größten Fort- und Weiterbildungseinrichtungen

P. Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur

- P1 Anzahl der Ein- und Auspendler bezogen auf die Zahl der Wohnbevölkerung
- P2 Anzahl der Lebensmittelgeschäfte (bzw. Geschäfte zur Deckung des täglichen Bedarfs)

Q. Sozial- und umweltverträgliche Mobilität

- Q1 Verhältnis von motorisiertem Individualverkehr zum Umweltverbund (Fußgänger, Fahrrad und ÖPNV)
- Q2 Verhältnis der Gesamtlänge der Fahrradwege zur Gesamtlänge des Straßennetzes

R. Hohes Gesundheitsniveau

- R1 Anzahl der Einwohner mit einer täglichen / nächtlichen Lärmbelastung um mehr als 5 (10) dB(A) über den Werten der DIN 18 005
- R2 Mortalität der Atemwegserkrankungen — Gestorbene je 10 000 Einwohner

S. Hohes Sicherheitsniveau

- S1 Bekannt gewordene Straftaten je 10 000 Einwohner
- S2 Verunglückte Personen im Verkehr je 10 000 Einwohner

Ergänzungsmodul I - Politische Dimension

XI. Regionenspezifische Indikatoren

- XI-1 Teilhabe der Bevölkerung am Brundtland-Projekt bzw. Bekanntheitsgrad der Idee in der Stadt
- XI-2 Anteil der Bevölkerung, der sich selbst als umweltpolitisch sehr interessiert einstuft

YI. Hohes ehrenamtliches/demokratisches Engagement

- YI-1 Zahl der Vereine/Selbsthilfegruppen
- YI-2 Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen

ZI. Internationale Aspekte

- ZI-1 Kommunale Ausgaben zur Förderung der Integration ausländischer Mitbürger
- ZI-2 Ausgaben für Städtepartnerschaften

Ergänzungsmodul II - Stadtentwicklung und Mobilitätssteuerung

XII. Haushälterisches Bodenmanagement

- XII-1 Anteil der Innenentwicklungsflächen (Baulücken, Brachflächen) an der Siedlungsfläche
- XII-2 Differenz zwischen planerisch ausgewiesener Bruttogeschossfläche und max. zulässiger Bruttogeschossfläche nach BauNVO

YII. Mobilitätssteuerung

- YII-1 Anteil der Einwohner im 300-m-Einzugsbereich von Haltestellen mit einer Bedienungshäufigkeit von max. 30 Minuten (6.00—19.00 Uhr)
- YII-2 Anteil der Tempo-30-Straßen am Netz der Erschließungsstraßen

ZII. Sozialverantwortliche Wohnungsversorgung

- ZII-1 Anteil der öffentlich geförderten Wohneinheiten an der Gesamtzahl der Wohneinheiten
- ZII-2 Kommunale Ausgaben für Wohngeld

Ergänzungsmodul III - Gesellschaftlich benachteiligte Gruppen

XIII. Gleichberechtigte Beteiligung von Frauen am öffentlichen Leben

- XIII-1 Verhältnis der Anzahl der geringfügig beschäftigten Frauen zur Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse
- XIII-2 Kommunale Ausgaben für frauenspezifische Förderprogramme

YIII. Kinder und Jugendliche

- YIII-1 Versorgungsgrad bei Kindergärten und Kindertagesstätten
- YIII-2 Anzahl der bei der Jugendstadtverordnetenversammlung Aktiven

ZIII. Seniorenarbeit

- ZIII-1 Kommunale Ausgaben für seniorenspezifische Förderprogramme
- ZIII-2 Anteil der privat gepflegten Senioren an der Gesamtzahl der pflegebedürftigen Senioren

Raster zur Beurteilung von Projekten, Initiativen und Maßnahmen im Rahmen einer Lokalen Agenda 21*

- (1) **Ziele des Projektes**
- (2) **Zielgruppen**
- (3) **Laufzeit des Projektes**
- (4) **Beschäftigungseffekte und Qualifikationsanforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**
- (5) **Finanzieller Rahmen**
 - (5.1) Startkapital
 - (5.2) Laufende Kosten
- (6) **Ökologische Effekte auf:**
 - (6.1) Abfallmengen
 - (6.2) Luftverschmutzung
 - (6.3) Öko-Systeme und Artenvielfalt
 - (6.4) erneuerbare Ressourcen
 - (6.5) nicht erneuerbare Ressourcen
 - (6.6) Umweltschutzmaßnahmen und Altlasten
 - (6.7) *Umweltbewusstsein der Bevölkerung*
 - (6.8) Bodenmanagement
- (7) **Ökonomische Effekte auf:**
 - (7.1) Verteilung von Arbeit und Beschäftigung
 - (7.2) privaten Verbrauch und Ausstattung der Haushalte
 - (7.3) regionalen Selbstversorgungsgrad
 - (7.4) Wirtschaftsstruktur
 - (7.5) Preisniveaustabilität
 - (7.6) Struktur der öffentlichen Haushalte
- (8) **Soziale Effekte auf:**
 - (8.1) Verteilung von Einkommen und Vermögen
 - (8.2) Niveau von Kultur und Ausbildung
 - (8.3) Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur
 - (8.4) *Wohnungsversorgung*
 - (8.5) Sozial- und Umweltverträglichkeit der Mobilität, Mobilitätssteuerung
 - (8.6) Gesundheitsniveau
 - (8.7) Sicherheitsniveau
 - (8.8) *ehrenamtliches und demokratisches Engagement*
- (9) **Soziale Effekte für einzelne gesellschaftliche Gruppen**
 - (9.1) *Frauen*
 - (9.2) *Kinder und Jugendliche*
 - (9.3) *Senioren*
 - (9.4) *ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger*

*) Die kursiv gesetzten Positionen beziehen sich auf die „Ergänzungs-Module“ im Indikatorensystem von Viernheim und reflektieren damit Teilziele nachhaltiger Entwicklung, die von unseren Gesprächspartnern in der Stadt als so wichtig eingestuft wurden, dass die von uns vorgeschlagenen 18 Teilziele durch diese Punkte erweitert werden sollten.

Daten zur Wirtschaftslage

Die wirtschaftliche Lage der hessischen Wirtschaft im vierten Quartal 1999 stellt sich im Vergleich zum letzten Quartal des Jahres 1998 - in kompakter Form - folgendermaßen dar: Die Entwicklung der wertmäßigen Auftragseingänge im hessischen Verarbeitenden Gewerbe verlief im vierten Quartal erfreulich. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal legten die Auftrags-eingänge um 3,0 % zu (Auslandsorders: + 8,2 %; Inlandsorders: - 0,1 %). Auch die Umsätze entwickelten sich positiv. Sie legten um 4,3 % zu (Auslandsumsätze: + 4,9 %; Inlandsumsätze: + 4,0 %). Die Beschäftigtenzahl ging im Vergleich der Berichtsquartale jedoch weiter zurück (- 1,7 %). Die Auftragseingänge im hessischen Bauhauptgewerbe zeigten sich nach der deutlichen Ab-schwächung im dritten Quartal wieder leicht erholt. Im vierten Quartal des Jahres 1999 lagen sie nur noch um 0,8 % unter Vorjah-resniveau; der baugewerbliche Umsatz nahm im Beobachtungszeitraum um 0,3 % zu. Dagegen verminderte sich die Beschäftig-tenzahl um 3,4 %. Die Abnahmerate war jedoch die kleinste aller Quartale des Jahres 1999. Das von den hessischen Bauaufsichts-behörden genehmigte Hochbauvolumen lag im vierten Quartal des abgelaufenen Jahres bei 1,6 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche. Dies war ein Anstieg um 5,3 %. Die hierfür veranschlagten reinen Baukosten blieben mit einem Betrag von 2,7 Mrd. DM um 1,5 % unter Vorjahresniveau. Im hessischen Einzelhandel verlief die Umsatzentwicklung im vierten Quartal erfreulich. Der gesamte Ein-zelhandelsbereich wies im Beobachtungszeitraum einen nominalen Zuwachs von annähernd 3 % auf; real bedeutete dies ein Plus von knapp 2 %. Nach wie vor positive Tendenzen sind vom hessischen Arbeitsmarkt zu melden. Der im Frühjahr 1998 einsetzende Rückgang der durchschnittlichen Arbeitslosen-zahl setzte sich weiter fort. Im vierten Quartal 1999 belief sie sich auf 226 400; das waren 13 500 oder fast 6 % weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen war im vierten Quartal 1999 um 1,3 % höher als ein Jahr zuvor. Damit sind die Verbraucherpreise in den letz-ten drei Monaten des vergangenen Jahres stärker als im vorherigen Jahresverlauf gestiegen.

Verbesserte Bestelltätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe

Die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen im Verar-beitenden Gewerbe, abgebildet durch die Entwicklung der *wertmäßigen Auftragseingänge*, hat sich im vierten Quar-tal 1999 im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit ge-bessert. Mit einem Plus von 3,0 % übertrafen die Auftragsein-gänge erstmals in einem Quartal dieses Jahres das entspre-chende Vorjahresergebnis. Im dritten Quartal musste noch ein Rückgang um 7,4 % hingenommen werden. Dennoch er-gab sich für das zweite Halbjahr noch immer ein Minus von 2,3 %, und auch das Jahresergebnis fiel mit - 6,5 % ver-gleichsweise schlecht aus. Die günstige Gesamtnachfrage im vierten Quartal war eine Folge der regen Auslandsaufträge. Mit einem Plus von 8,2 % gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit war auch dies das beste Ergebnis des vergange-nen Jahres. Die Inlandsnachfrage unterschritt das Vorjahres-ergebnis knapp (- 0,1 %), war aber damit trotzdem das beste Quartalsergebnis des Jahres 1999.

Die Chemische Industrie konnte im vierten Quartal 5,1 % mehr Aufträge verbuchen als in der entsprechenden Vorjah-reszeit. Damit war dieses Ergebnis ebenfalls das beste Quar-talsergebnis des Jahres 1999. Es stammte allerdings vor allem von der regen Nachfrage ausländischer Kunden, die 13 % mehr bestellten als vor Jahresfrist, während die Bestellungen aus dem Inland um 2,6 % niedriger lagen als im vierten Vor-jahresquartal. Sie fielen dennoch günstiger aus als im Vor-quartal. Für das zweite Halbjahr ergibt sich eine um 3,0 % ge-wachsene Nachfrage, die abermals vom Ausland bestimmt

wurde (+ 9,7 %), denn aus dem Inland gingen im zweiten Halbjahr 3,7 % weniger Auftragseingänge ein als in der ent-sprechenden Vorjahreszeit. Da im ersten Halbjahr sowohl in-ländische wie ausländische Kunden zurückhaltend bestellten, ergab sich für das gesamte abgelaufene Jahr ein Minus von 2,5 %.

Der Maschinenbau konnte im vierten Quartal bereits eine Zu-nahme der Auftragseingänge melden (0,5 %), die sowohl von ausländischen (+ 0,9 %) als auch von inländischen Kun-den (+ 0,3 %) stammte. Damit war nicht nur die Gesamtent-wicklung erstmals in diesem Jahr positiv, Inlands- wie Aus-landskunden bestellten mehr als vor Jahresfrist. Die günstige Entwicklung im vierten Quartal schlug sich zwar im Ergebnis des zweiten Halbjahres nieder, doch konnte sie nicht verhin-dern, dass sich ein Minus (- 2,8 %) ergab, das hier allerdings von den zurückhaltend bestellenden ausländischen Kunden (- 8,1 %) ausgelöst wurde. Auch für das gesamte Jahr be-stimmte die zurückhaltende ausländische Bestelltätigkeit (- 10 %) das Ausmaß des Jahresrückgangs (- 6,0 %).

Unter den großen Branchen des Landes meldete vor allem die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagentellen auch im vierten Quartal einen weiteren Rückgang der Bestellungen. Er lag bei 6,8 % und setzte sich aus einer Abnahme der Inlands-nachfrage um 10 % und einer verminderten Auslandsnach-frage um 3,6 % zusammen. Lediglich das Ausmaß des Rück-gangs der Bestellungen hat im vierten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit nachgelassen und konnte bewirken, dass das Ergebnis für das zweite Halbjahr nicht ganz so dramatisch ausfiel (- 7,6 %) wie das für das erste

Halbjahr (- 28 %), das dann maßgeblich zum schlechten Jahresergebnis beitrug (- 20 %).

Wieder steigende Umsätze

Die *Umsätze* im Verarbeitenden Gewerbe, die bereits im dritten Quartal im Vorjahresvergleich leicht gestiegen waren, lagen im vierten Quartal des Jahres 1999 bei 41 Mrd. DM und übertrafen damit den Vorjahrestand um 4,3 %. Knapp ein Drittel der Umsätze wurde auf ausländischen Märkten erwirtschaftet. Sowohl die Inlandsumsätze (4,0 %) als auch die Auslandsumsätze (4,9 %) konnten zulegen. Im zweiten Halbjahr wurden die Umsätze der entsprechenden Vorjahreszeit um 2,6 % übertroffen, verfehlten jedoch im gesamten Jahr das Vorjahresergebnis leicht (- 0,6 %). Stets lagen die Auslandsumsätze besser als die im Inland erzielten.

Mit 8,7 Mrd. DM Umsatz meldete die Chemische Industrie im vierten Quartal im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal eine Zunahme um 16 %. 23 % betrug der Anstieg des Auslandsumsatzes, auf den immerhin 48 % des Gesamtumsatzes entfielen. Unter den großen Branchen hatten die Chemische Industrie und die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen den größten Auslandsanteil am Umsatz. Die Zunahme der Umsätze der Chemischen Industrie auf dem Inlandsmarkt betrug 9,9 %. Damit wurde im vierten Quartal das beste Quartalsergebnis des Jahres erzielt. Im zweiten Halbjahr lag der Gesamtumsatz um 12 % über dem der entsprechenden Vorjahreszeit und im Jahr noch immer um 4,3 % höher als 1998.

Der Maschinenbau erwirtschaftete im vierten Quartal 4,4 Mrd. DM Umsatz. Das waren 12 % weniger als im entsprechenden Vorjahresquartal. Während die Inlandsumsätze lediglich um 1,1 % zurückgingen, unterschritten die Auslandsumsätze — immerhin 40 % des Gesamtumsatzes — das Vorjahresergebnis um 25 %. Im dritten Quartal wurde das entsprechende Vorjahresergebnis zwar ebenfalls verfehlt, doch in erheblich geringerem Ausmaß. Deshalb ergab sich für das zweite Halbjahr „nur“ eine Abnahme um 8,0 %, die sich aus 15 % weniger Auslandsumsatz und 2,1 % geringerem Inlandsumsatz zusammensetzte. Das Jahresergebnis lag um 7,3 % unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis, wobei die Auslandsgeschäfte abermals den Ausschlag gaben (- 14,4 %).

Die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen erwirtschaftete im vierten Quartal knapp 6 Mrd. DM Umsatz, von denen 48 % von ausländischen Märkten stammten. Auf den ausländischen Märkten waren hessische Produkte der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit einem Plus von 4,0 % im vierten Quartal noch relativ erfolgreich, während im Inland 11 % weniger umgesetzt wurden, so dass sich insgesamt ein Umsatzminus von 4,5 % ergab. Da die Entwicklung im Vorquartal noch ungünstiger ausfiel, ergibt sich für das zweite Halbjahr im Jahresvergleich ein Minus von

5,9 %; - 12 % auf den inländischen Märkten und + 1,9 % auf dem Auslandsmarkt. Da es sich bei der rückläufigen Entwicklung um ein längerfristiges Phänomen handelt, lag das Jahresergebnis gleichfalls um 6,1 % unter dem der entsprechenden Vorjahreszeit (Ausland: - 4,3 %; Inland: - 7,6 %).

Weiter rückläufige Beschäftigungsentwicklung

Die insgesamt recht positive Umsatzentwicklung schlug sich in der *Beschäftigtenentwicklung* noch nicht nieder. Mit im Durchschnitt des vierten Quartals 1999 rund 461 500 Beschäftigten wurde die entsprechende Vorjahresbeschäftigtenzahl um abermals 1,7 % unterschritten. Da auch im dritten Quartal 1,3 % weniger Beschäftigte gezählt wurden als vor Jahresfrist, ergibt sich für den Durchschnitt des zweiten Halbjahres eine Beschäftigtenabnahme um 1,5 %. Der Rückgang im Jahresdurchschnitt betrug 1,2 %. Allerdings ist hierbei zu beachten, dass aus dem Verarbeitenden Gewerbe durch Auslagerung in den Dienstleistungssektor Beschäftigte dorthin abgegeben wurden.

Die Chemische Industrie, in der im Durchschnitt des vierten Quartals noch rund 64 500 Beschäftigte gemeldet waren, unterschritt im vierten Quartal den entsprechenden Vorjahresbeschäftigtenstand um 3,4 %. Da der Rückgang im dritten Quartal geringer war, ergibt sich für das zweite Halbjahr ein Minus von 1,9 %. Das Jahresergebnis fällt mit - 0,9 % noch günstiger aus, denn in den beiden ersten Quartalen hat es in der Chemischen Industrie sogar ein leichtes Beschäftigtenplus gegeben.

Der Maschinenbau beschäftigte im Durchschnitt des vierten Quartals noch 64 160 Mitarbeiter/innen. Das waren fast so viele wie vor einem Jahr. Da die Abnahmerate im dritten Quartal geringfügig höher war, ergibt sich für den Durchschnitt des zweiten Halbjahres ein Beschäftigtenrückgang von 0,7 %. Ein Minus von 0,8 % war es im Jahresdurchschnitt 1999.

Bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen waren im Durchschnitt des vierten Quartals noch knapp 60 260 Beschäftigte tätig. Auch deren Zahl wurde um 1,6 % verringert. Da der Rückgang im dritten Quartal geringfügig kleiner war, ergibt für den Durchschnitt des zweiten Halbjahres im Jahresvergleich eine Abnahme von 1,5 %. Der leichte Anstieg im ersten Halbjahr bewirkte, dass sich aufs das ganze Jahr bezogen ein Rückgang von nur 0,5 % ergab.

Vorübergehende Aufhellung der Baujonkunktur?

Nach der starken Verschlechterung der Auftragslage im hessischen Bauhauptgewerbe im dritten Quartal (- 7,3 %) konnte für das vierte Quartal im Vorjahresvergleich wieder eine Besserung festgestellt werden. Zwar blieben die Auftragseingänge im vierten Quartal immer noch unter Vorjahresniveau (- 0,8 %), doch glichen die gestiegenen Auftragseingänge im

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
	Volumenindex des Auftragsingang ²⁾ 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags- ein- gangs ⁴⁾	Beschäftigte	Index der Um- sätze ⁵⁾	Preis- index für die Lebens- haltung ⁶⁾	Arbeits- lose ⁸⁾	Arbeits- losen- quote ⁹⁾	Offene Stellen ⁸⁾	Kurz- arbeit (Personen) ¹⁰⁾
	Insgesamt	Inland	Ausland									
				1995 = 100	1995 = 100	1995 = 100	1995 = 100					
Grundzahlen ¹¹⁾												
1997 D	102,7	94,3	118,0	481 106	95,3	45 451	100,1	102,8	260 796	10,4	21 381	11 788
1998 D	105,8	101,1	114,5	470 074	83,1	40 519	101,5	104,1	254 050	10,0	26 021	6 505
1999 D	98,9	93,1	109,5	464 439	86,6	37 865	102,4	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396
1998 Oktober	102,1	98,8	108,1	470 604	82,7	40 337	103,8	104,1	236 732	9,3	23 978	4 803
November	100,8	96,5	108,9	470 019	68,1	39 761	106,9	104,0	238 839	9,4	22 553	5 627
Dezember	92,6	87,1	102,7	467 418	101,0	39 208	118,5	104,1	248 127	9,8	22 411	5 484
4. Vj. D	96,5	94,1	106,6	469 347	83,9	39 789	109,7	104,1
1999 Januar	87,0	78,3	103,0	466 333	89,1	38 101	89,7	104,0	260 050	10,2	26 543	7 912
Februar	90,5	82,5	105,1	466 533	61,8	37 184	88,6	104,2	259 649	10,2	30 541	8 909
März	108,1	103,5	116,7	466 710	99,3	37 162	115,6	104,4	250 289	9,8	32 639	10 317
1. Vj. D	95,2	88,1	108,3	466 525	83,4	37 482	96,0	104,2
April	99,9	94,1	110,3	463 757	72,3	37 287	102,3	104,8	244 858	9,6	33 408	8 733
Mai	96,4	93,6	107,2	463 242	84,6	37 167	99,2	104,8	235 675	9,2	31 622	6 328
Juni	102,9	98,1	111,9	463 791	106,8	37 376	102,0	104,9	233 266	9,1	31 352	6 951
2. Vj. D	100,4	95,3	109,8	463 597	87,9	37 277	101,2	104,8
Juli	95,7	91,3	103,8	465 532	86,7	37 999	101,0	105,4	237 919	9,3	32 317	4 611
August	93,4	92,2	95,4	466 636	94,3	38 409	94,6	105,5	232 096	9,1	31 706	3 513
September	108,4	101,8	114,7	466 141	94,9	38 401	96,3	105,3	227 818	8,9	32 012	4 152
3. Vj. D	96,5	95,1	104,6	466 103	92,0	38 270	96,0	105,4
Oktober	101,9	95,5	113,6	462 730	99,9	38 944	105,4	105,3	225 484	8,8	30 339	4 857
November	108,0	98,6	125,3	462 177	59,5	38 547	110,8	105,5	225 151	8,8	28 924	6 113
Dezember	94,5	87,8	107,1	459 689	90,5	37 805	121,2	105,7	229 534	9,0	30 376	4 355
4. Vj. D	101,5	94,0	115,3	461 532	83,3	38 432	112,5	105,5
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
1997 D	1,5	- 3,6	9,9	- 6,0	- 3,2	- 13,4	- 0,5	1,7	11,4	.	1,1	- 35,9
1998 D	3,0	7,2	- 3,0	- 2,3	- 12,7	- 10,9	1,4	1,3	- 2,6	.	21,7	- 44,8
1999 D	- 6,5	- 7,9	- 4,4	- 1,2	4,2	- 6,5	0,9	0,9	- 5,8	.	17,8	- 1,7
1998 Oktober	- 6,0	- 1,3	- 13,0	- 1,2	- 0,7	- 11,6	- 3,2	1,0	- 7,2	.	32,9	- 15,0
November	- 5,4	- 1,8	- 10,6	- 1,2	- 11,8	- 11,4	5,3	0,9	- 6,9	.	31,0	- 9,7
Dezember	- 4,6	- 3,0	- 7,1	- 1,1	27,4	- 11,1	3,5	0,7	- 6,3	.	8,3	- 18,0
4. Vj.	- 5,4	- 2,1	- 10,3	- 1,1	5,0	- 11,3	1,9	0,9
1999 Januar	- 15,2	- 19,3	- 8,8	- 0,5	85,4	- 8,3	- 5,2	0,6	- 6,5	.	16,6	- 11,9
Februar	- 17,8	- 17,7	- 18,1	- 0,5	- 24,1	- 9,1	- 1,2	0,4	- 6,7	.	17,1	- 26,3
März	- 15,1	- 15,4	- 14,6	- 0,8	11,3	- 9,2	3,7	0,7	- 6,7	.	12,8	1,9
1. Vj.	- 16,0	- 17,3	- 14,0	- 0,6	14,4	- 8,9	- 0,6	0,6
April	- 7,4	- 3,9	- 12,8	- 1,4	9,5	- 8,4	1,7	0,9	- 5,7	.	12,2	12,1
Mai	- 3,6	- 3,2	- 4,5	- 1,3	20,0	- 8,9	- 2,1	0,7	- 5,6	.	14,1	0,6
Juni	- 1,6	1,2	- 5,7	- 1,1	14,8	- 8,2	5,3	0,6	- 4,2	.	11,3	31,5
2. Vj.	- 4,3	- 2,0	- 7,8	- 1,2	14,9	- 8,5	1,6	0,7
Juli	- 24,6	- 31,7	- 9,7	- 1,3	- 17,9	- 6,2	- 3,1	0,8	- 4,9	.	17,0	6,0
August	8,4	7,0	10,7	- 1,2	12,7	- 4,9	4,8	1,0	- 6,5	.	18,5	6,9
September	0,7	2,4	- 2,4	- 1,3	- 12,5	- 5,0	- 1,5	1,1	- 5,2	.	21,6	5,0
3. Vj.	- 7,3	- 10,6	- 1,5	- 1,3	- 7,3	- 5,4	- 0,1	1,0
Oktober	- 0,2	- 3,3	5,1	- 1,7	20,8	- 3,5	1,5	1,2	- 4,8	.	26,5	1,1
November	7,1	2,2	15,1	- 1,7	- 12,6	- 3,1	3,6	1,4	- 5,7	.	28,2	8,6
Dezember	2,1	0,8	4,3	- 1,7	- 10,4	- 3,6	2,3	1,5	- 7,5	.	35,5	- 20,6
4. Vj. D	3,0	- 0,1	8,2	- 1,7	- 0,7	- 3,4	2,6	1,3
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
1998 Oktober	- 3,5	- 0,6	- 7,9	- 0,4	- 23,8	- 0,2	4,0	- 0,1	- 1,5	.	- 8,9	21,5
November	- 1,3	- 2,3	0,6	- 0,1	- 17,7	- 1,4	3,0	- 0,1	0,9	.	- 5,9	17,2
Dezember	- 8,1	- 9,7	- 5,6	- 0,6	48,4	- 1,4	10,9	0,1	3,9	.	- 0,6	- 2,5
4. Vj.	- 7,4	- 11,6	0,4	- 0,6	- 15,4	- 1,6	11,8	- 0,3
1999 Januar	- 6,0	- 10,1	0,3	- 0,7	- 11,8	- 2,8	- 24,3	- 0,1	4,8	.	18,4	44,3
Februar	4,0	5,4	2,0	0,0	- 30,7	- 2,4	- 1,2	0,2	- 0,2	.	15,1	12,6
März	19,4	25,5	11,0	0,0	60,8	- 0,1	30,5	0,2	- 3,6	.	6,9	15,8
1. Vj.	- 3,4	- 6,4	1,6	- 0,6	- 0,6	- 5,8	- 10,7	0,1
April	- 7,6	- 9,1	- 5,5	- 0,6	- 27,2	0,3	- 11,5	0,4	- 2,2	.	2,4	- 15,4
Mai	- 1,5	- 0,5	- 2,8	- 0,1	17,0	- 0,3	- 3,0	0,0	- 3,8	.	- 5,3	- 27,5
Juni	4,6	4,8	4,4	0,1	26,2	0,6	2,8	0,1	- 1,0	.	- 0,9	9,8
2. Vj.	5,5	8,2	1,4	- 0,6	5,4	- 0,6	3,3	0,6
Juli	- 7,0	- 6,9	- 7,2	0,4	- 18,8	1,7	- 1,0	0,5	2,0	.	3,1	- 33,7
August	- 7,0	- 3,3	- 13,1	0,2	8,7	1,1	- 6,3	0,1	- 2,4	.	- 1,9	- 23,8
September	11,2	11,5	10,5	- 0,1	0,7	—	3,9	- 0,2	- 1,8	.	1,0	18,2
3. Vj.	- 1,9	- 0,2	- 4,7	0,5	4,7	2,7	- 3,2	0,6
Oktober	- 4,2	- 6,2	- 1,0	0,6	5,3	1,4	7,2	—	- 1,0	.	- 5,2	17,0
November	6,0	3,2	10,3	- 0,1	- 40,5	- 1,0	5,1	0,2	- 0,1	.	- 4,7	25,9
Dezember	- 12,5	- 11,0	- 14,5	- 0,5	52,1	- 1,9	9,4	0,2	1,9	.	5,0	- 28,8
4. Vj. D	3,0	- 1,2	10,2	- 1,0	- 9,5	0,4	14,8	0,1

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Tiefbau (+ 12 %) den Rückgang im Hochbau (- 8,7 %) wieder aus; für den Hochbau bedeutete dies im abgelaufenen Jahr erstmalig einen Rückgang im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit. Für das zweite Halbjahr ergibt sich ein Rückgang der Auftragsgänge im Vergleich zur gleichen Vorjahreszeit um 4,3 %. Hoch- und Tiefbau waren hieran mit nahezu gleichen Abnahmeraten (- 4,2 bzw. - 4,4 %) beteiligt. Wegen der guten Auftragsentwicklung im ersten und zweiten Quartal ergibt sich für das Jahr 1999 im Vorjahresvergleich insgesamt ein Plus von 4,2 %. Sowohl der Hochbau (+ 3,0 %) als auch der Tiefbau (+ 5,6 %) schnitten im Jahresdurchschnitt 1999 günstiger ab als vor einem Jahr. Im Tiefbau stammte die positive Entwicklung im vierten Quartal vom Straßenbau (+ 34 %) und vom öffentlichen und Verkehrstiefbau (+ 4,7 %), während im gewerblichen und industriellen Tiefbau (- 1,8 %) ein leichter Rückgang hingenommen werden musste. Im Hochbau meldeten alle Bauarten im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit Verminderungen der Auftragsgänge: Am stärksten war der Rückgang im Wohnungsbau (- 20 %), gefolgt vom öffentlichen Verkehrshochbau (- 5,1 %) und dem gewerblichen und industriellen Hochbau (- 3,9 %).

Der baugewerbliche Umsatz lag im vierten Quartal des vergangenen Jahres bei 2,6 Mrd. DM. Das waren 0,3 % mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Im zweiten Halbjahr wurden mit 5,2 Mrd. DM 4,7 % und im Jahr mit 8,9 Mrd. DM 5,2 % mehr umgesetzt als in der jeweiligen Vorjahreszeit. Der gewerbliche und industrielle Bau war 1999 mit knapp der Hälfte am stärksten am baugewerblichen Umsatz beteiligt. Es folgte der öffentliche und Verkehrsbau mit einem Drittel und der Wohnungsbau mit 17 %.

Die Umsätze nahmen im vierten Quartal vor allem im gewerblichen und industriellen Tiefbau (+ 20 %) und im Straßenbau (+ 7,3 %) zu. Erhebliche Umsatzeinbußen wurden im vierten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit vom öffentlichen und Verkehrshochbau (- 14 %) gemeldet. Im zweiten Halbjahr war vor allem der gewerbliche und industrielle Bau erfolgreich. Gewerblicher und industrieller Hochbau und Tiefbau hatten nahezu gleiche Umsatzzuwächse (+ 12 bzw. + 13 %). Dagegen unterschritt der öffentliche und Verkehrsbau im zweiten Halbjahr das Vorjahresergebnis geringfügig (- 0,7 %). Dort stammte das Plus vom Straßenbau (+ 4,4 %) und das Minus vom öffentlichen und Verkehrshochbau (- 7,5 %).

Die vergleichsweise günstige Auftragslage wirkte sich auch auf die Beschäftigtenentwicklung aus. Die Beschäftigtenzahl verminderte sich im vierten Quartal zwar immer noch um 3,4 % auf 38 430 Beschäftigte. Die Abnahmerate war jedoch die kleinste aller Quartale im Jahr 1999, wobei dieser Prozentsatz am Ende einer Entwicklung lag. Deshalb ergeben sich für

den Durchschnitt des zweiten Halbjahres und den Jahresdurchschnitt höhere Abnahmeraten: Im Durchschnitt des zweiten Halbjahrs ging die Beschäftigtenzahl im Vergleich zur gleichen Vorjahreszeit um 4,4 % und im Jahresdurchschnitt um 6,5 % zurück.

Vergleichsweise gering (- 3,0 %) war im vierten Quartal die Abnahmerate der Facharbeiter, Poliere und Meister, der größten Gruppe der Beschäftigten, gefolgt von den Fachwerkern, Werkern und sonstigen Beschäftigten mit - 2,5 %. Größer dagegen war der Rückgang bereits bei den kaufmännischen und technischen Angestellten (- 4,7 %) und den tätigen Inhabern (- 9,7 %). Besonders auffallend ist die rückläufige Zahl ausländischer Arbeitnehmer (- 11 %). Die Zahl der gewerblichen Auszubildenden verringerte sich im vierten Quartal um 2,3 %.

Weiterer Anstieg des Hochbauvolumens

Im 4. Vierteljahr 1999 genehmigten die hessischen Bauaufsichtsbehörden Hochbauten mit insgesamt gut 1,6 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche¹⁾, ein Anstieg um 5,3 % gegenüber dem 4. Vierteljahr 1998. Dagegen blieben die veranschlagten reinen Baukosten mit insgesamt 2,7 Mrd. DM um - 1,5 % leicht unter dem Niveau des Vorjahresquartals. Einen Anstieg der veranschlagten Baukosten gab es dabei bei den öffentlichen Bauherren mit 46,5 % oder 53,2 Mill. DM. Die Nachfrage schwächte sich bei den beiden anderen großen Bauherrengruppen im Vergleich zum Vorjahresquartal ab, und zwar bei den privaten Bauherren um - 1,3 % oder - 15,4 Mill. DM sowie bei den Unternehmen um - 3,9 % oder - 56,7 Mill. DM. Nach der starken Nachfrage nach Hochbaugenehmigungen im 3. Quartal 1999 gab es im Berichtsquartal eine leichte Abschwächung, die Jahresbilanz fiel jedoch positiv aus: 1999 waren die veranschlagten Baukosten mit insgesamt 11,8 Mrd. DM um 7,9 % höher als 1998.

Im *Wohnbau* setzte sich die Abschwächung fort. Im 4. Quartal wurden 6250 Wohnungen genehmigt, 1,2 % weniger als im Vorjahresquartal. Weiterhin war die Nachfrage im Geschosswohnungsbau (- 154 Wohnungen; - 6,0 %), bei Zweifamilienhäusern (- 90 Wohnungen; - 9,9 %) und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden (- 63 Wohnungen; - 7,0 %) rückläufig, während die Genehmigungen für Einfamilienhäuser um 230 Einheiten oder 11,7 % zunahm. 1999 setzte sich damit die seit 1995 anhaltende Abschwächung der erteilten Wohnbaugenehmigungen fort. Im gesamten Jahr wurden mit insgesamt 26 300 genehmigten Wohnungen 1520 Wohnungen oder 5,5 % weniger genehmigt als 1998.

Von Quartal zu Quartal stärker schwankend ist die Entwicklung im *Nichtwohnbau*. Die genehmigte Nutzfläche lag um 58 000 m² oder 9,2 % über, die veranschlagten Baukosten dagegen um nominal 79 Mill. DM oder 6,9 % unter dem Ergebnis des 4. Quartals 1998. Im gesamten Jahr 1999 nahmen

1) In dieser Summe sind 194 300 m² Nutzfläche in Wohngebäuden und 14 000 m² Wohnfläche in Nichtwohngebäuden enthalten.

die genehmigte Nutzfläche um 12,8 % und die veranschlagten reinen Baukosten um 21,7 % gegenüber den Vorjahr zu.

Einzelhandel kommt in Schwung

Nach dem positiven zweiten und dem negativen dritten Vierteljahr 1999 spürten die in Hessen tätigen Einzelhändler im engeren Sinn, das heißt ohne Kraftfahrzeughandel und Tankstellen, im letzten Vierteljahr 1999 einen Aufwind. Im Vergleich zum vierten Quartal des Jahres 1998 stiegen die Verkaufserlöse um annähernd 3 %. Nach Ausschaltung der Preisveränderungen verblieb ein reales Plus von knapp 2 %. Unter Einbeziehung des Kraftfahrzeughandels und der Tankstellen — dort wuchs der Umsatz nominal um 2 und real um 1 % — blieb das Bild nahezu unverändert: Danach hatte auch der gesamte Bereich einen Zuwachs von nominal annähernd 3 und real knapp 2 %.

Mehr in ihren Kassen hatten neben den Kfz-Händlern und Tankstellen vor allem die Apotheker sowie die Einzelhändler mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (nominal und real + 4 %). Auch der Facheinzelhandel (ohne Nahrungsmittel) konnte seinen Umsatz im Vergleich der Quartale nominal und real um über 2 % ausweiten. Beim Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren verringerte sich der Umsatz allerdings nominal und real um etwas über 2 %. Die vom Umsatzanteil her bedeutendste Branche, der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (hierzu zählen beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser), konnte ihr Vorjahresniveau ebenfalls übertreffen. Die hierzu gehörenden Geschäfte hatten nominal über 2 % mehr Umsatz; real bedeutete dies sogar ein Plus von über 3 %.

Weniger Arbeitslose, mehr offene Stellen

Im vierten Quartal 1999 meldeten sich 96 700 Personen arbeitslos; das waren 10 300 oder nahezu ein Zehntel weniger als in den Monaten Oktober bis Dezember des Vorjahres. Damit setzte sich die seit Frühjahr 1999 zu beobachtende rückläufige Tendenz der Arbeitslosmeldungen verstärkt fort. Besonders kräftige Impulse gingen hierbei von den Arbeitslosmeldungen ohne vorherige Erwerbstätigkeit (– 6400; – 12 %) aus. Aber auch die Arbeitslosmeldungen nach vorangegangener Erwerbstätigkeit (– 3700; – 7 %) gingen Dank einer lebhafteren Binnennachfrage im Berichtszeitraum weiter zurück. Die insgesamt etwas freundlichere Tendenz auf dem hessischen Arbeitsmarkt sorgte auch für eine weitere Entlastung im Kurzarbeitersegment. Im letzten Quartal 1999 waren durchschnittlich nur noch 5100 Personen von einer kürzeren als der betriebsüblichen Arbeitszeit betroffen. Gegenüber der schon sehr niedrigen Kurzarbeiterzahl im vierten Quartal 1998 bedeutete dies allerdings nur noch eine Reduzierung um 200 oder 4 %.

Der in den Monaten Oktober bis Dezember abnehmenden Zahl an Arbeitslosmeldungen stand ein um 19 % erhöhtes

Angebot an Arbeitsplätzen gegenüber (zum Vergleich: alte Bundesländer + 15 %). Der hessischen Arbeitsverwaltung wurden im Berichtszeitraum 62 600 offene Stellen gemeldet, 10 100 mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dadurch kamen in Hessen auf jede als offen gemeldete Stelle 1,5 (alte Länder: 1,8) Arbeitslosmeldungen. Das erweiterte Stellenangebot blieb nicht ohne Auswirkungen auf den Vermittlungserfolg der Arbeitsämter. Rund 45 700 Arbeitsuchende konnten auf einen Dauerarbeitsplatz vermittelt werden, 5000 oder 12 % (alte Länder: 8 %) mehr als im letzten Quartal 1998. Insgesamt schieden in den Monaten Oktober bis Dezember 1999 rund 94 900 Personen aus der Arbeitslosigkeit aus; das waren 4300 oder reichlich 4 % weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Im Durchschnitt des Berichtsquartals betrug die Zahl der Arbeitslosen 226 400; das waren 13 500 oder fast 6 % weniger als im vierten Quartal 1998. Damit hat sich der im Frühjahr 1998 einsetzende Rückgang der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit im Berichtszeitraum weiter fortgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen: Tendenz zur Zunahme

Der Rückgang der Unternehmenskonkurse hat sich in Hessen im Laufe des Jahres deutlich abgeschwächt. Bereits im dritten Quartal meldeten die Insolvenzgerichte 6 % mehr Konkursanträge gegen hessische Unternehmen als in dem entsprechenden Vorjahresquartal. Zum Jahresende, im letzten Quartal des Jahres, wurden knapp 4 % mehr Unternehmenskonkurse erfasst als im letzten Quartal 1998. Bei dieser Tendenz zur Zunahme der Unternehmensinsolvenzen kam es im Jahr 1999 zu 1864 Unternehmensinsolvenzen in Hessen. Dies waren aber — auf Grund des starken Rückgangs der Konkursbeantragungen im ersten Halbjahr 1999 — immer noch 103 oder 5 % weniger Konkurse hessischer Unternehmen als im Jahr 1998.

Nach Wirtschaftsbereichen stellte sich dieser im Jahr 1999 insgesamt zu beobachtende Rückgang der Unternehmensinsolvenzen differenziert dar. Deutliche Abnahmen waren insbesondere in den Bereichen „Grundstücks- und Wohnungswesen, Dienstleistungen für Unternehmen“ (– 72,– 17 %) und im Gastgewerbe (– 41,– 29 %) eingetreten. Auch das Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie der Bereich der sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen trugen zu dem insgesamt positiven Jahresergebnis bei. Zu Zunahmen, um jeweils rund 20 Insolvenzfälle gegenüber dem Vorjahr, kam es dagegen im Bereich „Kraftfahrzeughandel und –service, einschl. Tankstellen“ (+ 65 %), bei Handelsvermittlungen und im Großhandel (+ 10 %) sowie in der Land- und Forstwirtschaft (+ 126 %).

Von den 1864 Konkursanträgen im Jahr 1999 führten immerhin 611 (33 %) auch zur Eröffnung eines Konkursverfahrens. Wie im langjährigen Durchschnitt der Vorjahre hatte die Eröffnungsquote im Jahr 1998 — bei lediglich 492 eröffneten

Verfahren und 1966 Konkursen — nur bei 25 % gelegen. Der von einem Viertel auf immerhin ein Drittel gestiegene Anteil der eröffneten Konkursverfahren an der Zahl der insgesamt beantragten Konkurse nährt die Hoffnung, dass es mit der ab dem 1.1.1999 in Kraft getretenen neuen Insolvenzordnung gelingen könnte, die Eröffnungsquote dauerhaft anzuheben. Dies vor dem Hintergrund, dass die neue Insolvenzordnung in ihrer Wirkung in der Statistik des Jahres 1999 noch nicht voll zum Ausdruck gelangt, da viele der statistisch im Jahr 1999 erfassten Insolvenzverfahren auf Konkursbeantragungen vor dem 1.1.1999 zurückzuführen sind, die daher nach der alten Konkurs- und Vergleichsordnung abgewickelt werden mussten.

In den 1999 von den Insolvenzgerichten verhandelten Konkursverfahren standen Forderungen in Höhe von rund 2 Mrd. DM zur Auseinandersetzung an. Das waren gut 700 Mill. DM oder 28 % weniger als im Vorjahr. Die Forderungsverluste aus den nicht eröffneten Konkursverfahren addierten sich im Jahr 1999 (1998) auf 630 Mill. DM (842 Mill. DM) und lagen damit um ein Viertel niedriger als 1998.

Mineralölprodukte beschleunigen weiter den Anstieg der Verbraucherpreise

Die Verbraucherpreise sind zwar in den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres stärker als im vorherigen Jahresverlauf gestiegen, die Zunahme blieb aber vergleichsweise nied-

rig. Die Preisentwicklung wurde weiter von der starken Zunahme der Heizöl- und Kraftstoffpreise geprägt. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte war im vierten Quartal 1999 um 1,3 % höher als ein Jahr zuvor. Im dritten Quartal hatte die entsprechende Teuerungsrate noch 1,0 % betragen und im ersten Quartal war mit 0,6 % der niedrigste Stand seit zwölf Jahren erreicht worden.

Ohne Berücksichtigung von Heizöl und Kraftstoffen wäre die Gesamtlebenshaltung im vierten Quartal nur halb so stark gestiegen und um 0,6 % höher als vor Jahresfrist gewesen (nach 0,5 % im dritten Quartal). Kraftstoffe waren dabei im letzten Viertel des Jahres 1999 um 18 % und Heizöl um über 53 % teurer als ein Jahr zuvor.

Auch innerhalb des vierten Quartals stieg die Jahresteuern kontinuierlich weiter an. Im Oktober waren die Verbraucherpreise um 1,2 %, im November um 1,4 % und im Dezember um 1,5 % höher als ein Jahr zuvor.

Im kurzfristigen Vergleich ließ der Preisauftrieb allerdings nach. Vom dritten auf das vierte Quartal stieg der Preisindex nur noch um 0,1 % — nach 0,6 % vom zweiten auf das dritte Quartal. Ohne Berücksichtigung von Heizöl und Kraftstoffen wäre er sogar um 0,2 % zurückgegangen.

Zu Beginn des neuen Jahres zog die Teuerung nochmals an. Im Januar 2000 waren die Verbraucherpreise um 0,4 % höher als im Vormonat und um 2,0 % höher als ein Jahr zuvor. □

LÖHNE UND GEHÄLTER

Verdienste im Handwerk im Durchschnitt schwächer als in der Industrie gestiegen

Die Verdienste im Handwerk konnten zwischen Mai 1998 und Mai 1999 nicht mit der allgemeinen Verdienstentwicklung in der Industrie Schritt halten. In zehn ausgewählten Handwerkszweigen¹⁾ war der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der vollzeitbeschäftigten Gesellen und Arbeiter im Mai 1999 mit 4008 DM um 0,7 % höher als ein Jahr zuvor. Weil die im Durchschnitt bezahlte Wochenarbeitszeit dabei um 0,1 Stunden auf 39,0 Stunden zugenommen hat, ist der

Zwischen den erfassten Handwerkszweigen gab es starke Unterschiede in der Verdienstentwicklung. Von Mai 1998 auf Mai 1999 stieg der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst für die Zentralheizungs- und Lüftungsbauer mit einem Plus von 3,2 % am stärksten³⁾. Es folgten die Metallbauer mit + 2,0 % und die Bäcker mit + 1,9 %. Die Bäcker steigerten ihre durchschnittliche Wochenarbeitszeit dabei noch um 0,3 Stunden auf 40,5 Stunden (darunter 2,2 Stunden Mehrarbeit). Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst für die Gas- und Wasserinstallateure ging um 2,1 %, für die Fleischer um 0,9 % und für die Elektroinstallateure um 0,7 % zurück. Wegen der Entwicklungsunterschiede hat sich die Rangfolge der erfassten Handwerkszweige nach der Höhe der dort im Durchschnitt erzielten Bruttomonatsverdienste verschoben.

Durchschnittliche Arbeitszeiten und Bruttoverdienste der Arbeiter in ausgewählten Handwerkszweigen im Mai 1999

Gewerbezweig ¹⁾	Bezahlte Wochenarbeitszeit	darunter Mehrarbeit je Woche	Bruttoverdienste in DM		Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber Mai 1998 in %	
	Stunden		je Stunde	je Monat	Bruttostundenverdienst	Bruttomonatsverdienst
Maler und Lackierer	39,5	0,5	24,77	4 255	0,4	1,4
Metallbauer	39,9	2,2	24,51	4 257	1,4	2,0
Kraftfahrzeugmechaniker	37,6	0,3	23,26	3 805	0,4	0,0
Klempner, Gas- und Wasserinstallateure	38,7	0,7	24,64	4 147	- 2,7	- 2,0
Zentralheizungs- und Lüftungsbauer	38,4	0,8	23,86	3 988	2,8	3,2
Elektroinstallateure	38,5	1,0	22,80	3 820	- 1,7	- 0,7
Tischler	39,3	1,4	23,74	4 054	1,1	0,6
Bäcker	40,5	2,2	21,75	3 830	1,0	1,9
Fleischer	39,1	0,2	20,85	3 548	- 0,4	- 0,9
Alle erfassten Gewerbezweige	39,0	1,0	23,62	4 008	0,3	0,7

1) Geordnet nach der Höhe des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes.

Bruttomonatsverdienst stärker als der entsprechende Bruttostundenverdienst gestiegen, der binnen Jahresfrist nur um 0,3 % auf 23,62 DM zugenommen hat. Abgesehen von der Entwicklung in den Jahren 1996 und 1997 wurde damit im Mai 1999 der geringste Verdienstanstieg im Handwerk seit 14 Jahren gemessen. Die Bruttomonats- bzw. Bruttostundenverdienste der Arbeiter in der Industrie (Produzierendes Gewerbe) haben im gleichen Zeitraum²⁾ um 2,2 bzw. 2,1 % zugenommen.

Im Vergleich zum Mai 1998 konnten sich die Metallbauer von Platz drei auf Platz eins vorschieben, allerdings nur mit einem äußerst knappen Vorsprung vor den Malern und Lackierern, die auch 1998 auf Platz zwei gelegen hatten. Auf Platz drei folgten die Klempner mit 4152 DM und auf Platz vier die Gas- und Wasserinstallateure mit 4147 DM, die im Mai 1998 noch auf Rang eins gelegen hatten, inzwischen aber einen Verdienstrückgang zu verzeichnen hatten. Platz fünf nahmen unverändert die Tischler und Rang sechs die Zentralheizungs- und Lüftungsbauer ein, die ihre Position trotz ihres starken Verdienstzuwachses nicht verbessern konnten. Die Bäcker lagen jetzt auf Platz sieben (nach Platz neun im Mai 1998) und die Elektroinstallateure auf Platz acht. Die Kraftfahrzeugmechaniker, die mit 37,6 Stunden allerdings die kürzeste durchschnittlich bezahlte Wochenarbeitszeit aller einbezogenen Handwerkszweige hatten, folgten auf Platz neun und die Fleischer unverändert auf Platz zehn. Theo Hefner*

*) Tel.: 0611/3802-635 · E-Mail: thefner@hsl.de

1) Maler und Lackierer, Metallbauer, Kraftfahrzeugmechaniker, Klempner, Gas- und Wasserinstallateure, Zentralheizungs- und Lüftungsbauer, Elektroinstallateure, Tischler, Bäcker und Fleischer.

2) Von April 1998 auf April 1999.

3) Von Mai 1997 auf Mai 1998 war der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst in diesem Handwerkszweig allerdings um 3,8 % gesunken.

- Hessen wird seinen derzeitigen Bevölkerungsstand von 6,04 Mill. Einwohnern voraussichtlich nicht halten können. Die jetzt vorliegenden Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante 2) zeigen, dass die im Jahr 1995 überschrittene 6-Millionen-Einwohner-Grenze im Jahr 2007 wieder unterschritten werden wird. 2015 dürfte Hessen 5,9 Mill. und 2030 sogar nur noch 5,5 Mill. Einwohner zählen. Begleitet wird der *Bevölkerungsrückgang* von einem deutlichen Strukturwandel: Die Zahl der unter 20-Jährigen wird von gegenwärtig 1,2 Mill. bis 2030 auf 0,9 Mill. zurückgehen. Der Einwohnerbestand im Alter zwischen 20 und 60 Jahren sinkt im gleichen Zeitraum von 3,4 auf 2,6 Mill. Zunehmen wird dagegen die Zahl der 60-Jährigen und Älteren von heute 1,4 auf 2,0 Mill. Von der Gesamtbevölkerung ist dann gut jeder dritte Einwohner Hessens 60 Jahre oder älter; heute zählt gut jede(r) fünfte zu dieser Altersgruppe. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene unter 20 Jahren, die jetzt schon zahlenmäßig um 130 000 hinter den Älteren zurückbleiben, werden künftig noch deutlicher zur Minderheit. Ihr Anteil sinkt von knapp 21 auf 16 %. Ihre Zahl wird 2030 um 1,1 Mill. geringer sein als die der 60-Jährigen und Älteren.

- Im Jahr 1999 war in Hessen die Zahl der *Gewerbeanmeldungen* deutlich rückläufig, nachdem sie 1998 noch um 1,4 % zugenommen hatte. Im Laufe des letzten Jahres wurden insgesamt 66 200 Betriebe angemeldet. Das waren 2300 oder gut 3 % weniger als ein Jahr zuvor. Auf der anderen Seite hat sich jedoch die Zahl der Abmeldungen nochmals um 1660 bzw. 2,7 % erhöht. Mit fast 62 500 Fällen hat sie einen neuen Höchststand erreicht, möglicherweise als Folge des Gesetzes zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit. Der rechnerische Zugang von 3700 Betrieben fiel daher nicht einmal halb so hoch aus wie vor einem Jahr und war so niedrig wie noch nie seit Beginn der statistischen Auswertungen im Jahr 1981. In allen vier Quartalen wurden 1999 die entsprechenden Vorjahreswerte mehr oder weniger deutlich verfehlt. Im Verlauf des letzten Jahres wurden in einigen Wirtschaftszweigen mehr Betriebe abgemeldet als angemeldet: Im Handel 1100, im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung 510, im Produzierenden Gewerbe 220 und im Gastgewerbe 70. Ein leichtes Plus gab es dagegen in der gewerblichen Landwirtschaft mit 120 und im Baugewerbe mit 90 Betrieben. So war der Gesamtzuwachs fast ausschließlich auf den engeren Dienstleistungsbereich mit weit über 5000 zusätzlichen Betrieben zurückzuführen.

- Im Jahr 1999 lag der Umsatz im hessischen *Gastgewerbe* um gut 1 % über dem des Vorjahres. Unter Berücksichtigung der Preisentwicklung bedeutet dies einen geringen realen Zuwachs um 0,2 %. Am günstigsten schnitten die Kantinen und Catering-Unternehmen ab. Sie verbuchten ein Umsatzplus von nominal 8 und real 6 %. Es folgte das „klassische“ Beherber-

gungsgewerbe, also die Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis. Hier stieg der Umsatz im Jahresvergleich nominal um 2 und real um 1 %. Dagegen büßte das sonstige Gaststättengewerbe, wozu Schankwirtschaften, Bars, Diskotheken und Trinkhallen zählen, nominal 7 und real 8 % seines Umsatzes ein. Bei den Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen erhöhte sich der Umsatz nominal zwar geringfügig, real war dies allerdings ein Minus von annähernd 1 %. Gegenläufig zur Umsatzentwicklung sank die Zahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt um 6 %. Die Zahl der Vollbeschäftigten blieb nahezu unverändert, während bei den Teilzeitbeschäftigten eine Abnahme um über 12 % zu verzeichnen war.

- Strukturdaten für alle hessischen Landkreise, die kreisfreien Städte und größtenteils auch für die kreisangehörigen Städte mit 50 000 oder mehr Einwohnern sowie für den Umlandverband Frankfurt enthält das soeben erschienene Heft II/1999 der *„Hessischen Kreiszahlen“*. In dieser Ausgabe sind wieder aktuelle Daten für rund 800 Merkmale zusammengestellt, u. a. zu den Bereichen Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung, Bildungswesen, Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Verkehr, Fremdenverkehr, öffentliche Sozialleistungen, öffentliche Finanzen und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Der Anhang enthält ausgewählte Daten im Zeitvergleich zum Bereich Bevölkerung. Die Printversion der *„Hessischen Kreiszahlen“*, Ausgabe II/1999, 96 Seiten, ist zum Preis von 12,00 DM und die Diskettenversion (Softwarevoraussetzung: Microsoft Excel 97 oder höher) mit benutzerfreundlicher Handhabung ist zum Preis von 18,00 DM, jeweils zuzügl. Versandkosten, beim Hessischen Statistischen Landesamt (Vertriebsstelle), 65175 Wiesbaden, zu beziehen.

- Im vergangenen Jahr meldeten die *Beherbergungsstätten* mit neun oder mehr Betten 9,2 Mill. angekommene Gäste, die zusammen 24 Mill. Übernachtungen buchten. Dies waren jeweils 5 % mehr Ankünfte und Übernachtungen als im Jahr 1998. Während die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von Inländern im Jahresvergleich geringfügig auf 2,8 Tage abnahm (6 % mehr Ankünften standen 5,5 % mehr Übernachtungen gegenüber), stieg sie bei Gästen mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland auf 1,9 Tage. Bei dieser Personengruppe nahm die Zahl der Ankünfte um etwas über 2 % und die der Übernachtungen um knapp 3 % zu. Die größte Ausländergruppe stellten mit 382 000 Ankünften die US-Amerikaner; sie buchten bei einer leicht gestiegenen Gästezahl 3 % mehr Übernachtungen. Es folgten die Briten mit 250 000 Ankünften. Dies bedeutete 8 % mehr britische Gäste, die gegenüber 1998 annähernd 9 % mehr Übernachtungen buchten. An dritter Stelle lagen mit 162 000 Ankünften die Niederländer, dicht gefolgt von den Japanern mit 160 000. Während bei den Niederländern 3 % mehr Gäste 4 % mehr Übernachtungen buchten, stagnierten bei den Japanern die Ankünfte. Dennoch stieg die Zahl ihrer Übernachtungen um etwas über 1 % an.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998	1998			1999			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Jun	Jul	August	Sept.
		1998	1999	1998		1999		2000		
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	6 031,4	6 032,5	6 031,4	6 032,4	6 034,4	6 042,9	6 043,6	6 046,3	6 048,8
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	2 740	2 666	4 233	4 107	3 310	3 518	3 643	3 859	5 021
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	5,4	5,3	8,3	8,0	6,7	7,1	7,1	7,5	10,1
* Lebendgeborene ³⁾	*	5 260	5 047	5 510	5 293	5 549	4 950	5 236	5 216	5 539
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	10,5	10,0	10,8	10,3	11,2	10,0	10,2	10,2	11,1
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	*	5 113	5 082	4 617	4 687	4 835	4 797	4 608	4 813	4 588
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	10,2	10,1	9,4	9,1	9,8	9,7	9,0	9,4	9,2
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	*	24	24	35	19	30	25	21	24	27
auf 1000 Lebendgeborene	*	4,5	4,8	6,4	3,6	5,4	5,1	4,0	4,6	4,9
* Überschub der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	*	147	- 34	693	606	714	153	628	403	951
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	0,3	- 0,1	1,4	1,2	1,4	0,3	1,2	0,8	1,9
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	13 255	13 316	15 181	15 822	16 139	14 128	15 364	17 000	16 079
darunter aus dem Ausland	*	5 471	5 443	6 433	5 997	6 620	6 810	6 693	7 221	7 115
* Fortzüge über die Landesgrenzen	*	13 033	12 995	16 608	15 395	14 876	11 867	15 265	14 708	14 542
darunter in das Ausland	*	6 113	6 000	8 644	6 896	6 617	5 264	7 235	6 364	6 358
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	*	222	320	- 1 427	427	1 263	2 261	99	2 292	1 537
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	*	19 614	18 531	20 648	20 754	20 986	18 506	20 325	21 283	19 543
ARBEITSMARKT										
* Arbeitslose am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	254 050	239 257	238 839	248 127	260 050	225 484	225 151	229 534	238 900
darunter Frauen	*	109 250	105 186	105 278	106 839	110 224	102 123	101 528	101 742	104 070
Männer	*	144 800	134 071	133 561	141 288	149 826	123 361	123 623	127 792	134 830
Ausländer	*	55 070	51 080	52 759	54 336	55 941	47 950	47 914	48 612	49 959
Jugendliche unter 20 Jahren	*	6 339	5 747	6 156	6 154	6 199	5 559	5 262	5 384	5 661
* Arbeitslosenquote ⁷⁾ insgesamt	%	10,0	9,4	9,4	9,8	10,2	8,8	8,8	9,0	9,3
darunter der Frauen	*	9,7	9,1	9,3	9,4	9,7	8,8	8,8	8,8	9,0
Männer	*	10,3	9,6	9,5	10,0	10,6	8,8	8,7	9,1	9,6
Ausländer	*	18,6	17,2	17,7	18,3	18,8	16,2	16,2	16,4	16,9
Jugendlichen unter 20 Jahren	*	8,9	8,0	8,7	8,7	8,8	7,7	7,3	7,4	7,8
* Offene Stellen am Monatsende ⁸⁾	Anzahl	26 021	30 650	22 553	22 411	26 543	30 339	28 924	30 376	32 301
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁹⁾	*	6 505	6 396	5 627	5 484	7 912	4 857	6 113	4 355	5 711
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte										
* Arbeitnehmer am Arbeitsort insgesamt ¹⁰⁾	1000	2 124,1	2 101,3	2 089,5	2 096,9	2 121,6	2 097,0	2 088,3	2 093,0	2 128,8
darunter Frauen	*	911,2	902,8	902,7	899,5	907,9	900,9	899,6	896,9	911,4
Ausländer	*	238,1	229,1	229,3	230,2	231,2	225,8	224,8	225,8	229,6
Teilzeitbeschäftigte	*	291,0	297,7	295,9	295,8	296,8	302,4	306,3	307,7	310,9
darunter Frauen	*	263,4	265,8	266,1	264,6	264,5	268,0	270,5	271,1	273,4
darunter ausgew. Wirtschaftsabschnitte ⁶⁾ :										
* Bergbau	*	9,2
darunter Frauen	*	0,9
* Verarbeitendes Gewerbe	*	543,0
darunter Frauen	*	142,6
* Energie- und Wasserversorgung	*	17,0
darunter Frauen	*	3,0
* Baugewerbe	*	136,0
darunter Frauen	*	16,0
* Handel- und Gastgewerbe	*	388,6
darunter Frauen	*	188,0
* Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	*	144,2
darunter Frauen	*	47,8
* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	*	139,3
darunter Frauen	*	68,7
* Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	*	249,2
darunter Frauen	*	111,1
* öffentliche Verwaltung u. ä.	*	130,7
darunter Frauen	*	74,9
* öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentl. Verwaltung)	*	356,6
darunter Frauen	*	254,2

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Bevölkerungsfeststellung vom 25. Mai 1987 (Volkszählung). — 2) Nach dem Ereignisort. — 3) Nach der alleinigen oder der Hauptwohnung der Mutter. — 4) Nach der alleinigen oder Hauptwohnung des Verstorbenen. — 5) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 6) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 7) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 8) Einschl. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — 9) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 10) Durchschnitt für die Monate März, Juni, September und Dezember.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1998		1999				2000
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Januar	Okt.	Nov.	Dez.	Januar
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen¹⁾:										
Rinder	Anzahl	8 526	8 088	11 823	9 458	8 761	8 911	11 899	9 189	8 243
Kälber	"	317	341	359	540	254	437	434	756	289
Schweine	"	110 555	108 303	131 209	110 509	106 831	107 776	128 846	114 129	108 663
darunter hausgeschlachtet	"	10 131	9 044	19 688	15 377	14 662	9 053	16 419	12 995	11 986
Schlachtmengen²⁾:										
* Gesamtschlachtgewicht	Tonnen	11 755	11 653	13 261	11 555	10 923	11 766	13 571	12 331	11 312
darunter von										
* Rindern	"	2 206	2 207	2 587	2 449	2 191	2 390	2 806	2 483	2 145
* Kälbern	"	27	30	30	49	26	43	26	83	28
* Schweinen	"	9 266	9 099	10 385	8 779	8 595	9 057	10 368	9 330	8 933
Geflügel:										
* Erzeugte Konsumer ³⁾	1000 St.	30 523	30 668	27 905	31 551	32 840	28 945	28 186	29 147	29 689
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	86 948	87 211	79 250	83 739	87 249	83 719	80 315	84 985	87 481
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	81 309	82 275	73 731	78 450	81 960	78 869	75 621	80 149	82 645
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	16,6	16,4	15,0	15,3	16,1	15,5	15,3	15,7	16,1
VERARBEITENDES GEWERBE⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	470,1	464,4	470,0	467,4	466,3	462,7	462,2	459,7	458,0
darunter Arbeiter (einschl. gewerb. Azubi.)	"	281,3	275,0	280,8	278,6	277,4	273,5	273,0	270,8	269,6
* Geleistete Arbeiterstunden	"	36 485	35 589	37 940	32 284	34 692	36 107	37 807	32 811	34 495
* Brutto lohnsumme	Mill. DM	1 301,1	1 285,7	1 612,2	1 303,4	1 187,6	1 259,0	1 618,5	1 283,4	1 188,4
* Bruttogehaltssumme	"	1 415,7	1 424,5	1 816,9	1 518,3	1 350,2	1 330,3	1 842,5	1 457,7	1 389,3
* Gesamtumsatz (ohne MwSt.)	"	12 838,2	12 763,0	13 175,6	12 634,1	10 827,3	13 486,4	14 084,4	13 429,3	11 506,7
* darunter Auslandsumsatz	"	4 285,7	4 278,5	4 211,3	4 353,9	3 690,9	4 463,9	4 696,1	4 335,5	4 132,7
Exportquote ⁵⁾	%	33,4	33,5	32,0	34,5	34,1	33,1	33,3	32,3	35,9
Index der Nettoproduktion										
Insgesamt ⁶⁾	1991 = 100	95,1	...	99,7	88,3
darunter										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	101,0	...	105,9	89,1
Investitionsgüterproduzenten	"	82,9	...	84,3	80,4
Gebrauchsgüterproduzenten	"	70,7	...	85,9	61,3
Verbrauchsgüterproduzenten	"	84,9	...	93,6	70,8
Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe⁷⁾										
Insgesamt	1991 = 100	95,3	...	99,9	88,5
darunter										
Chemische Industrie	"	91,8	...	91,6	80,0
Maschinenbau	"	84,0	...	87,4	97,4
Fahrzeugbau	"	107,9	...	117,3	97,5
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	"	83,3	...	84,7	92,7
Volumenindex des Auftragsleistungsindex⁷⁾										
Insgesamt	% ⁸⁾	3,0	- 6,5	- 5,4	- 4,6	- 10,5	- 0,2	7,1	2,1	8,4
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	2,5	- 1,7	- 7,6	- 4,4	- 6,8	1,5	11,9	1,9	12,4
Investitionsgüterproduzenten	"	7,6	- 14,0	- 6,0	- 5,5	- 18,9	- 0,7	- 1,0	3,7	2,7
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 7,2	- 7,9	2,9	7,0	0,4	- 2,8	9,2	- 9,0	5,4
Verbrauchsgüterproduzenten	"	- 6,7	- 1,5	- 1,8	- 10,5	- 3,9	- 5,5	13,7	4,8	- 0,2
Volumenindex des Auftragsleistungsindex nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	- 1,6	- 2,5	- 3,0	- 7,1	- 15,3	1,6	11,6	2,4	9,5
Maschinenbau	"	- 0,7	- 6,0	- 7,8	- 5,8	- 14,6	- 4,2	- 6,1	13,9	13,3
Kraftwagen und -teile	"	6,0	- 20,0	- 6,6	- 20,7	- 26,0	- 9,4	- 2,5	- 8,9	- 3,0
Herstellung von Metallzeugnissen	"	4,3	- 1,0	2,3	2,8	- 12,9	- 2,6	3,4	8,5	7,0
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 540,3	2 278,0	1 948,6	1 784,0	1 712,5	2 913,8	3 013,1	2 949,5	...
* Stromverbrauch ⁹⁾	"	2 746,4	2 714,2	3 049,0	3 067,5	3 075,5	2 761,7	2 997,1	3 012,8	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) In Betrieben ab 3000 Hennenhaltungsplätzen. — 4) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 6) Kalendermonatlich. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahresmonat. — 9) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1998			1999			
		Durchschnitt		Okt..	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	63,8	62,1	65,6	64,8	63,8	62,4	65,4	64,7	63,8
darunter										
Facharbeiter ²⁾	*	33,5	32,6	34,2	33,6	33,1	33,1	33,8	33,5	33,6
Fachwerker und Werker	*	10,2	9,8	10,7	10,7	10,4	9,7	11,1	11,0	10,0
gewerblich Auszubildende	*	3,2	3,1	3,4	3,3	3,2	3,2	3,3	3,2	3,1
* Geleistete Arbeitsstunden	*	5 916	5 923	7 006	6 323	4 383	6 890	6 888	6 575	5 059
darunter für den										
Wohnungsbau	*	2 183	2 262	2 709	2 416	1 699	2 637	2 595	2 547	2 008
gewerblichen und industriellen Bau	*	1 849	1 812	2 074	1 887	1 337	2 033	2 015	1 967	1 552
öffentlichen und Verkehrsbau	*	1 826	1 817	2 151	1 963	1 290	2 190	2 217	1 996	1 475
* Bruttohohnsumme ³⁾	Mill. DM	191,9	190,4	199,9	234,4	185,5	199,8	202,1	236,1	199,0
* Bruttogehaltssumme	*	85,3	80,9	80,0	106,3	89,4	76,1	78,8	98,3	80,2
* Baugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	*	975,1	1 039,2	1 123,3	1 166,8	1 420,5	1 201,7	1 156,9	1 228,7	1 320,3
* Index des Auftragsleistungsindex ⁴⁾	1995 = 100	83,1	86,6	82,7	68,1	101,0	94,9	99,9	59,5	90,5
darunter										
Wohnungsbau	*	69,1	66,5	82,9	55,4	86,6	72,6	55,7	58,5	66,2
gewerblicher und industrieller Bau	*	85,4	90,9	82,6	75,5	116,9	96,2	123,3	57,8	84,6
öffentlicher und Verkehrsbau	*	88,1	92,4	82,8	65,9	89,2	105,5	95,3	62,1	111,1
Ausbaugewerbe⁵⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	26,2	25,2	.	.	25,4	25,3	.	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	*	7 719	7 316	.	.	7 634,0	7 513,0	.	.	.
* Bruttohohn- und -gehaltssumme	Mill. DM	339,2	330,5	.	.	380,7	336,5	.	.	.
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	*	1 115,2	1 036,3	.	.	1 293,0	1 101,9	.	.	.
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neu- und Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	995	1 048	1 104	961	710	1 462	1 096	1 010	827
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	*	866	932	962	848	611	1 300	962	908	716
* Umbauter Raum der Wohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	1 122	1 151	1 211	1 016	883	1 530	1 252	988	934
* Wohnfläche in Wohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	211	213	228	190	161	289	232	188	180
* Veranschlagte reine Baukosten der Wohngebäude ⁷⁾	1000 DM	599 957	645 188	644 447	513 020	441 566	800 536	1136 362	508 406	487 416
* Nichtwohngebäude (Neu- u. Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	238	271	285	237	203	392	297	280	266
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	684	808	651	1 036	653	1 351	812	972	711
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	164	190	161	228	151	316	198	245	169
* Veranschlagte reine Baukosten der Nichtwohngebäude ⁷⁾	1000 DM	310 505	348 572	287 808	630 681	227 502	599 757	364 565	403 453	298 938
* Wohnungen insgesamt ⁸⁾	Anzahl	2 411	2 278	2 574	2 079	1 818	3 165	2 396	2 035	2 046
* Wohnräume insgesamt ⁸⁾	*	11 851	11 744	12 784	10 593	8 764	16 844	12 507	10 624	10 142
EINZELHANDEL UND GASTGEWERBE										
Einzelhandel										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	99,9	100,4	102,2	105,2	116,8	96,2	103,1	108,4	118,5
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	*	101,5	102,4	103,8	106,9	118,5	98,3	105,4	110,8	121,2
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	*	101,9	102,2	103,9	107,2	129,4	94,2	100,8	110,5	137,1
Kraftfahrzeugen ¹¹⁾ ; Tankstellen	*	112,2	115,8	109,6	114,8	107,5	112,2	112,3	116,7	109,7
Apotheken ¹²⁾	*	114,1	118,4	116,0	116,9	135,6	116,2	117,4	122,5	143,3
Bekleidung	*	88,8	86,2	99,3	98,9	117,6	75,8	102,3	97,7	114,5
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹³⁾	*	97,6	95,3	105,0	107,3	121,0	91,8	105,7	108,5	117,0
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹⁴⁾	*	97,1	96,1	99,1	92,0	88,9	99,2	105,1	100,5	102,1
* Beschäftigte im Einzelhandel (Index)	*	93,8	90,9	93,7	94,5	94,9	90,2	90,1	90,9	91,9
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	91,4	91,6	100,2	88,7	93,9	103,0	99,7	88,1	93,3
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	*	94,8	96,1	104,0	91,5	97,1	108,1	104,7	92,6	97,7
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	*	100,3	102,5	121,6	98,5	100,4	130,0	122,6	101,5	97,3
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbisshallen	*	91,4	91,7	94,5	87,0	97,0	95,2	93,9	87,7	101,0
Kantinen und Caterer	*	98,3	106,3	102,6	96,3	98,6	115,5	113,5	101,4	100,3
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	*	94,8	89,3	95,3	92,3	93,3	90,0	87,2	85,0	86,6

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polleren und Meistern. — 3) Einschl. Entgelten für Pollere und Meister. — 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe. Ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Ergebnisse nach der neuen EU-Klassifikation liegen erst ab Januar 1996 vor. Vorjahresvergleiche sind nicht möglich. — 6) Ohne Gebäudeteile. — 7) Einschl. Gebäudeteile. — 8) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; alle Baumaßnahmen. — 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 10) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör. — 12) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 13) Sowie Hausrat. — 14) Sowie Bau- und Helmwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998	1998			1999			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt¹⁾	Mil. DM	4 252,3	4 404,9	4 382,7	4 159,6	4 706,3	3 562,4	4 320,5	4 602,4	4 509,7
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	*	104,8	106,4	89,1	103,9	99,0	97,7	110,4	123,4	128,8
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	*	4 147,5	4 298,4	4 293,7	4 055,7	4 607,3	3 464,8	4 210,1	4 479,0	4 380,8
davon										
* Rohstoffe	*	29,8	36,3	32,1	30,3	60,1	26,1	34,7	37,4	35,8
* Halbwaren	*	288,8	332,6	363,4	267,5	391,3	257,5	288,8	430,0	256,3
* Fertigwaren	*	3 829,0	3 927,5	3 896,2	3 758,0	4 155,9	3 179,2	3 886,6	4 011,6	4 088,7
davon										
* Vorerzeugnisse	*	704,8	734,1	804,5	616,5	841,0	739,9	827,0	758,3	841,9
* Enderzeugnisse	*	3 124,2	3 193,5	3 093,7	3 141,5	3 314,9	2 439,3	3 059,6	3 253,2	3 246,8
Unter den Fertigwaren waren										
chemische Erzeugnisse	*	1 014,9	1 029,0	1 342,6	717,7	1 212,5	997,8	1 142,4	1 033,0	1 152,2
Maschinen	*	699,4	740,4	605,9	744,5	767,0	569,6	606,7	690,3	632,8
Fahrzeuge	*	741,3	692,2	600,1	591,6	753,1	346,4	651,6	632,4	705,3
elektrotechnische Erzeugnisse	*	450,6	485,2	430,0	554,7	423,1	364,5	541,7	562,5	525,2
Eisen- und Metallwaren	*	296,8	312,1	275,3	380,6	335,6	308,0	279,1	378,5	319,8
Ausfuhr nach ausgew. Verbrauchsländern:										
* EU-Länder ²⁾	*	2 187,4	2 367,8	2 523,0	2 082,5	2 735,0	1 982,7	2 394,6	2 426,0	2 558,4
darunter										
Vereinigtes Königreich	*	344,5	392,0	435,0	312,5	433,9	312,3	412,7	392,7	401,1
Frankreich	*	388,2	434,5	500,1	421,3	515,4	322,3	373,7	408,3	421,1
Italien	*	265,8	301,2	314,6	280,5	410,9	255,6	285,9	342,8	318,1
Niederlande	*	247,3	265,9	263,8	251,6	314,2	222,4	244,6	281,2	333,1
Belgien-Luxemburg	*	304,5	295,0	340,8	203,0	257,8	195,0	284,1	256,7	258,7
Österreich	*	200,0	219,4	203,6	211,8	247,6	234,8	257,6	235,7	238,4
EFTA-Länder ³⁾	*	232,3	239,6	212,7	250,5	246,3	206,2	264,4	269,7	229,3
darunter										
Schweiz	*	192,8	199,0	175,1	203,1	207,3	180,1	219,4	229,5	196,0
Norwegen	*	37,0	37,6	34,4	43,2	36,1	23,0	41,5	37,1	29,3
USA	*	424,0	453,1	396,2	416,5	497,4	319,2	437,6	533,2	449,4
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt¹⁾	*	6 472,2	6 609,3	6 979,7	6 977,6	6 028,7	6 507,1	7 365,0	7 186,3	7 225,9
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	*	330,5	321,4	283,3	317,2	348,6	324,2	280,3	345,7	330,5
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	*	6 141,7	6 287,9	6 696,4	6 660,4	5 680,1	6 182,8	7 084,7	6 842,6	6 895,4
davon										
* Rohstoffe	*	69,8	78,9	82,9	71,7	67,2	72,9	67,6	65,0	81,6
* Halbwaren	*	554,1	576,2	506,7	640,8	492,8	500,1	539,9	577,6	543,1
* Fertigwaren	*	5 517,8	5 632,8	6 106,7	5 947,9	5 120,1	5 609,8	6 477,2	6 199,9	6 270,7
davon										
* Vorerzeugnisse	*	684,8	725,2	608,2	707,4	634,1	707,3	584,1	669,1	807,7
* Enderzeugnisse	*	4 833,0	4 907,6	5 498,5	5 240,5	4 486,1	4 902,5	5 893,1	5 530,9	5 463,0
* Einfuhr aus EU-Ländern ²⁾	*	3 333,7	3 341,6	3 330,8	3 504,4	2 909,9	3 366,4	3 555,1	3 521,2	3 575,2
FREMDENERKEHR ⁴⁾										
* Gästekünfte	1000	710	728	936	892	722	803	949	915	769
* darunter von Auslands Gästen	*	181	187	255	219	154	229	232	219	161
* Gästäubernachtungen	*	1 902	1 904	2 415	2 289	1 717	2 375	2 470	2 346	1 835
darunter von Auslands Gästen	*	351	360	483	424	290	485	430	425	301
Gästäubernachtungen nach Berichtsgemeindegruppen:										
Heilbäder	*	591	573	684	659	527	730	718	688	553
Luftkurorte	*	143	134	174	156	92	193	170	145	93
Erholungsorte	*	96	95	120	119	48	152	113	120	49
Sonstige Gemeinden	*	1 071	1 102	1 438	1 355	1 049	1 300	1 469	1 393	1 139
darunter Großstädte	*	468	488	614	596	513	542	636	617	560
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 288	1 248	1 329	1 285	1 161	1 318	1 303	1 445	1 448
davon										
* Güterversand	*	220	208	206	214	207	180	216	234	260
* Gütereingang	*	1 067	1 040	1 123	1 071	955	1 138	1 087	1 211	1 189

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 1999 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien-Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Mitgliedsländer nach dem Stand vom Januar 1997 (Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz). —

4) Alle Beherbergungstätigkeiten mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998	1998			1999			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾	Anzahl	33 923	36 261	37 295	34 738	31 935	28 571	31 789	29 212	29 357
darunter										
Personenkraftwagen (einschl. Kombi)	*	29 543	31 978	33 473	31 720	29 215	24 465	27 786	26 140	25 583
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	*	1 486	1 704	1 981	2 000	2 011	1 509	2 060	1 923	2 330
* Krafträder (einschl. Kraftrolle)	*	2 303	2 090	1 402	578	331	2 245	1 489	707	951
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	*	233	275	277	272	225	185	292	273	329
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	*	2 184	2 174	2 432	2 410	2 023	2 573	2 800	2 373	2 223
* Getötete Personen ²⁾	*	50	45	41	63	36	62	59	47	40
* Verletzte Personen	*	2 940	2 934	3 263	3 298	2 779	3 500	3 754	3 227	2 993
Personenverkehr der Straßenverkehrs- unternehmer ³⁾										
Beförderte Personen	1000	37 081	38 403	104 801	.	.	.	103 989	.	.
davon im										
Linienverkehr ⁴⁾	*	36 585	37 875	102 822	.	.	.	102 228	.	.
Gelegenheitsverkehr	*	515	528	1 878	.	.	.	1 761	.	.
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	23 871	24 159	82 653	.	.	.	78 720	.	.
davon im										
Linienverkehr ⁴⁾	*	18 544	18 938	61 481	.	.	.	59 889	.	.
Gelegenheitsverkehr	*	5 328	5 221	21 172	.	.	.	18 832	.	.
Einnahmen	1000 DM	76 536	80 971	261 593	.	.	.	246 046	.	.
davon aus										
Linienverkehr ⁴⁾	*	61 621	66 591	203 704	.	.	.	185 606	.	.
Gelegenheitsverkehr	*	14 914	14 379	57 889	.	.	.	60 440	.	.
GELD UND KREDIT										
B a n k e n⁵⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶⁾	Milli. DM	817 384	877 727	879 901	.	.	.	872 384	.	.
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanker ⁶⁾	*	686 477	726 864	715 113	.	.	.	725 496	.	.
davon										
kurzfristige Kredite	*	93 068	104 558	102 201	.	.	.	112 693	.	.
Kredite über 1 Jahr ⁷⁾	*	593 409	622 306	612 912	.	.	.	612 803	.	.
Einzlagen und aufgenommene Gelder ⁶⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Milli. DM	528 954	581 386	565 575	.	.	.	647 485	.	.
Z a h l u n g s s c h w i e r i g k e i t e n										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	218	209	160	178	197	199	198	170	227
darunter										
von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe ⁸⁾	*	167	164	125	131	149	147	153	134	161
von privaten Personen und Nachlässe ⁹⁾	*	51	45	35	47	48	52	45	36	66
* Beantragte Insolvenzen ¹⁰⁾	*	218	209	160	178	197	199	198	170	227
* darunter mangels Masse abgelehnt	*	165	161	120	134	163	114	126	104	110
PREISE										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	102,8	104,1	104,2	104,1	104,1	105,5	105,3	105,3	105,5
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	*	101,5	102,9	102,1	101,8	102,0	101,4	100,6	100,5	100,5
Bekleidung, Schuhe	*	101,4	102,4	102,6	102,8	103,1	103,4	103,7	103,7	103,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	*	103,9	105,4	105,6	105,5	105,4	107,9	108,0	108,2	108,5
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	*	101,1	101,9	102,2	102,2	102,2	102,3	102,2	102,2	102,2
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	*	103,8	105,0	105,3	105,5	104,7	109,5	109,8	110,2	110,1
Nachrichtenübermittlung	*	97,8	97,2	97,0	96,3	96,2	87,3	87,3	87,2	87,2
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	*	102,0	102,8	103,5	102,4	103,0	105,0	103,9	102,4	103,7
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	*	100,9	102,1	102,1	102,0	101,4	105,8	103,4	103,2	103,3
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	102,7	103,9	104,2	104,1	103,9	105,6	105,2	105,3	105,3
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	99,8 ¹⁴⁾	100,0 ¹⁴⁾	.	.	.	100,3	.	.	100,3

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ohne Fahrzeuge mit DB- bzw. BP-Kennzeichen. Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. — 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 4) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 5) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postglo- und Postsparkassenämter. — 6) Einschl. durchlaufender Kredite. — 7) Ohne durchlaufende Kredite. — 8) Bis einschl. 1998 ohne Kleingewerbe. — 9) Bis einschl. 1998, von übrigen Gemeinschaftlern. — 10) Bis einschl. 1998 „Beantragte Konkurse“. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1998			1999			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
STEUERN										
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Miil. DM	5 930,0	6 486,1	6 646,7	4 780,0	4 663,6	5 344,1	7 694,3	4 660,1	4 964,7
davon										
Gemeinschaftsteuern	*	5 157,3	5 707,7	5 982,1	4 005,9	4 121,3	4 577,1	6 948,8	3 973,6	4 404,6
davon										
Lohnsteuer ²⁾	*	2 413,3	2 710,1	2 161,7	2 146,1	2 021,7	2 486,1	2 399,6	2 376,8	2 379,4
veranlagte Einkommensteuer	*	52,4	116,0	647,7	- 137,8	- 168,2	- 147,1	723,5	- 196,3	- 171,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	*	324,7	344,9	180,5	307,5	71,1	271,1	129,9	129,1	72,9
Zinsabschlag ²⁾	*	352,0	360,5	207,5	255,1	315,5	265,2	226,4	249,1	313,9
Körperschaftsteuer ²⁾	*	424,1	425,9	1 296,8	- 173,8	8,2	- 84,3	1 673,0	- 82,1	- 119,0
Umsatzsteuer	*	1 353,8	1 496,9	1 261,3	1 366,8	1 602,1	1 507,7	1 561,8	1 236,7	1 652,0
Einfuhrumsatzsteuer	*	237,0	253,5	226,6	242,0	270,8	278,5	234,6	270,4	276,4
Bundessteuern	*	448,0	458,0	432,9	349,1	305,9	484,7	489,3	269,8	308,3
darunter										
Mineralölsteuer	*	94,3	91,0	101,2	94,7	98,7	135,6	132,9	64,5	68,2
Versicherungsteuer	*	109,9	112,0	54,5	54,2	86,1	150,8	55,5	51,2	84,5
Zölle ³⁾	*	31,2	28,3	27,8	30,2	30,1	27,7	25,8	30,8	29,0
Landesteuern	*	240,8	242,3	204,0	230,8	202,8	240,4	230,8	214,6	221,0
darunter										
Vermögensteuer	*	9,2	11,1	9,4	11,1	9,2	11,6	11,5	18,0	6,7
Erbsteuer	*	36,8	36,3	30,1	38,0	26,6	47,4	34,2	31,0	42,1
Grundwertsteuer	*	67,4	77,3	61,9	68,5	72,8	74,5	75,8	61,5	75,5
Kraftfahrzeugsteuer	*	95,9	86,5	77,7	83,1	70,9	74,9	79,7	75,6	71,8
Gewerbesteuerumlage	*	52,8	49,8	0,0	164,0	3,5	14,2	0,0	171,3	1,7
		1997	1998	1998				1999		
		Durchschnitt ⁴⁾		März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Miil. DM	2 544,9	2 801,9	1 835,5	2 809,3	2 865,0	3 697,8	1 776,3	2 727,5	3 158,1
davon										
Grundsteuer A	*	8,4	8,5	8,8	8,4	10,0	6,9	8,2	8,4	10,1
Grundsteuer B	*	270,5	288,3	261,2	343,6	305,9	242,5	261,0	336,8	334,3
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	*	1 246,9	1 366,2	1 206,4	1 355,1	1 550,6	1 352,6	1 205,7	1 208,6	1 642,3
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	*	983,8	1 011,5	323,0	1 061,8	964,1	1 878,6	259,6	1 037,5	1 039,1
andere Steuern ⁵⁾	*	35,3	35,2	36,1	40,5	34,3	29,7	37,3	40,5	37,4
		1998	1999	1998			1999			
		Durchschnitt ⁶⁾		April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.
LÖHNE UND GEHÄLTER										
Arbeiterverdienste										
Im Produzierenden Gewerbe										
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	4 515	4 617	4 481	4 515	4 599	4 487	4 579	4 637	4 681
* Männliche Arbeiter	*	4 678	4 781	4 643	4 678	4 769	4 647	4 741	4 800	4 846
darunter Facharbeiter	*	4 966	5 085	4 927	4 960	5 070	4 945	5 058	5 105	5 145
* Weibliche Arbeiter	*	3 426	3 516	3 418	3 426	3 450	3 443	3 485	3 525	3 559
darunter Hilfsarbeiterinnen	*	3 158	3 229	3 156	3 161	3 165	3 166	3 194	3 238	3 271
* Bruttostundenverdienst insgesamt	*	27,67	28,20	24,47	27,58	28,04	27,89	28,05	28,25	28,39
* Männliche Arbeiter	*	28,58	29,10	28,38	28,47	28,96	28,84	28,96	29,14	29,27
darunter Facharbeiter	*	30,59	31,27	30,32	30,43	31,08	30,99	31,13	31,27	31,47
* Weibliche Arbeiter	*	21,45	21,99	21,33	21,44	21,61	21,63	21,82	22,04	22,21
darunter Hilfsarbeiterinnen	*	19,63	19,98	19,57	19,67	19,69	19,70	19,80	20,02	20,17
Angestelltenverdienste										
(Bruttomonatsverdienste)										
* im Produzierenden Gewerbe	*	6 558	6 715	6 530	6 549	6 630	6 572	6 705	6 738	6 783
* kaufmännische Angestellte	*	6 150	6 329	6 118	6 136	6 211	6 199	6 312	6 343	6 383
männliche Angestellte	*	7 036	7 222	7 008	7 008	7 110	7 083	7 217	7 227	7 281
weibliche Angestellte	*	5 098	5 252	5 063	5 106	5 143	5 146	5 228	5 280	5 291
* technische Angestellte	*	6 906	7 052	6 861	6 904	6 983	6 896	7 047	7 086	7 095
männliche Angestellte	*	7 057	7 204	7 033	7 055	7 136	7 048	7 202	7 240	7 242
weibliche Angestellte	*	5 435	5 590	5 405	5 446	5 481	5 453	5 560	5 606	5 655
* in Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁷⁾	*									
insgesamt	*	5 346	5 588	5 330	5 350	5 398	5 475	5 606	5 601	5 616
kaufmännische Angestellte	*	5 367	5 613	5 353	5 372	5 416	5 506	5 634	5 627	5 634
männliche Angestellte	*	5 978	6 254	5 975	5 989	6 023	6 123	6 293	6 282	6 280
weibliche Angestellte	*	4 600	4 808	4 576	4 600	4 646	4 732	4 817	4 825	4 820

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Sozialberichterstattung in Deutschland

Konzepte, Methoden und Ergebnisse für Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppen. Herausgegeben von H.-H. Noll, 312 Seiten, kartoniert, 48,00 DM, Juventa-Verlag, Weinheim, 1997.

Die zentrale Funktion der Sozialberichterstattung (SB) besteht darin, Zustand und Veränderungen der Lebensbedingungen und der Lebensqualität regelmäßig und umfassend zu beobachten, zu beschreiben und zu analysieren. In den vergangenen Jahren hat sich in Deutschland ein differenziertes System der SB entwickelt. Die Methoden der Sozialindikatorenforschung wurden zunehmend aufgegriffen, um Berichtssysteme für einzelne Lebens- und Politikbereiche wie z. B. Armut, Gesundheit, Familie und Umwelt aufzubauen. Auch für bestimmte Bevölkerungsgruppen wie z. B. Frauen, Kinder oder Senioren gibt es Formen der SB oder sie sind im Entstehen. Der vorliegende Band gibt einen Überblick über den derzeitigen Stand der Ansätze zur SB und präsentiert die zu Grunde liegenden Konzepte und Methoden mit Hilfe von ausgewählten Ergebnissen. Darüber hinaus enthält der Band Beiträge, die spezifische Beobachtungsperspektiven wie langfristige Entwicklungstrends und die Eignung einzelner Typen von Indikatoren für die SB diskutieren und analysieren. Nach einer Einleitung des Herausgebers zu den Zielen, Funktionen und Formern der SB folgen drei Hauptabschnitte. Abschnitt 1 „Lebens- und Politikbereiche“ enthält folgende Beiträge: „Armutberichterstattung“ von R. Hauser, „Gesundheitsberichterstattung des Bundes“ von G. Brückner, „Die Familienberichte der Bundesregierung“ von H. R. Leu, „Familienberichterstattung in und für Europa“ von F. Rothenbacher, „Berichtssystem Weiterbildung“ von H. Kuwan, „Die Umweltberichterstattung des Bundes“ von K. Tietmann sowie „Die Umweltökonomische Gesamtrechnung und ihre Verknüpfung mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ von W. Radermacher und C. Stahmer. In Abschnitt 2 „Bevölkerungsgruppen“ sind die Beiträge „SB zu den Lebensverhältnissen von Kindern“ von B. Nauck, „SB zur Situation älterer Menschen“ von A. Niederfranke und „SB zur Situation von Frauen“ von C. Kramer enthalten. Im abschließenden Abschnitt „Perspektiven und Indikatoren der SB“ sind weitere drei Beiträge enthalten: „Langfristige gesellschaftliche Entwicklungstendenzen. Eine Aufgabe für die historische SB“ von W. Glatzer, „Lebenszufriedenheit der Bürger: Ein Indikator für die ‚Lebbarkeit‘ von Gesellschaften?“ von R. Veenhoven sowie „Querschnitt- und Längsschnittdaten in der SB“ von S. Weick. 6748

Microsoft Windows — Programmierung für Experten

Der Entwicklerleitfaden zur Win32-API für Windows NT 4.0 und Windows 95. Von J. Richter, 3. vollständig überarbeitete Auflage, einschl. 1 CD-ROM, 1067 Seiten, gebunden, 98,00 DM, Microsoft Press, Unterschleißheim, 1998.

Dieses Buch soll den Entwicklern helfen, sich für die Anwendungsentwicklung in einer Entwicklungsumgebung fit zu machen, die sich anschießt, zum Standard zu werden. Es präsentiert in der vorliegenden 3. Auflage wichtige neue Verbesserungen einschl. der Unterstützung von Windows NT 4.0. Der Autor vermittelt dabei in einer gut verständlichen Sprache die Feinheiten, um hochwertige Programme für Windows 95 und Windows NT zu schreiben und dabei die leistungsstarken Möglichkeiten der Win32-API zu nutzen. Auf der beiliegenden Begleit-CD findet der Leser den Quelltext aller Beispiele, 100 MB Multimedia-Demos der Beispielprogramme und ausführbare Beispielprogramme für alle Windows-NT-Plattformen. An Hand von C-Beispielen (C wurde gewählt, da die meisten Windows-Programmierer nach wie vor nicht auf C++ umgestiegen sind und der Autor vor diesem Hintergrund keine zusätzliche Hürde einbauen wollte) wird das gesamte

Spektrum der Windows-Programmierung erläutert. Folgende Bereiche werden behandelt: Die Win32-API und ihre Plattformen, Kernel-Objekte, Prozesse, Threads (und deren Synchronisation), die Win32-Speicherarchitektur, virtueller Speicher in der Praxis und in Anwendungen, speicherbasierte Dateien, Speicherverwaltung mit Heaps, Fenstermeldungen, dynamische Bibliotheken, threadlokaler Speicher, Dateisysteme und -bearbeitung, Ein-/Ausgabe bei Geräten, strukturierte Ausnahmebehandlung, Unicode und das Überwinden von Prozessgrenzen. Alles in allem ein Buch für erfahrene Programmierer. 6839

Soziales Umfeld, Alkohol und junge Fahrer

Von H.-P. Krüger, P. Braun, J. Kazenwedel u. a., herausgegeben von der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt), Heft M 88 der Reihe „Berichte der BASt“, Unterreihe „Mensch und Sicherheit“, 123 Seiten mit 40 Abb. und 42 Tabellen, kartoniert, 32,00 DM, Wirtschaftsverlag NW, Bremerhaven, 1998.

Junge Fahrerinnen und Fahrer im Alter von 18 bis 24 Jahren haben ein deutlich erhöhtes Unfallrisiko, junge Männer ein noch höheres als junge Frauen. Ziel der Untersuchung ist, dieses Risiko zu analysieren. Im Vordergrund stehen die Variablen Geschlecht, Alter, Insassenzahl, Tageszeit und Wochentag sowie Alkoholbeeinflussung. Dabei stellt sich heraus, dass Beifahrer im Allgemeinen das Unfallrisiko verringern, wobei bei Frauen am Lenkrad dieser Effekt deutlich ausgeprägter ist als bei Männern — mit Beifahrern wird in der Regel weniger schnell gefahren. Dies gilt jedoch nicht für junge Fahrerinnen und Fahrer. Zudem ist bei einer Alkoholfahrt ab 0,8 Promille mit einem Beifahrer das Unfallrisiko um das 2,5fache höher als bei einer Alleinfahrt. Da in der Altersgruppe von 18 bis 24 der Alkoholkonsum sowohl für Männer als auch für Frauen deutlich ansteigt, sind junge Autofahrer häufig dem „Trink-Fahr-Konflikt“ ausgesetzt. So zeigt sich, dass insbesondere Fahrten junger männlicher Fahrer stark risikobehaftet sind, die allein am Wochenende oder zu mehreren an Werktagen bzw. allein oder zu mehreren (nicht zu zweit) in der Nacht durchgeführt werden. Die Autoren der Studie plädieren dafür, sowohl Fahrern als auch Beifahrern die Auswirkungen von Kommunikation auf die Fahrsicherheit zu vermitteln, damit diese ihr Verhalten darauf einstellen können. 6841

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Arbeits- und Tarifrecht der Angestellten in den neuen Bundesländern — BAT-O

Kommentar. Bearbeitet von Alfred Breier, Dr. Karl-Heinz Kiefer, Horst Hoffmann und Dr. Karl-Peter Pühler (Ergänzungsband zum Kommentar „Breier/Kiefer/Hoffmann/Pühler: Bundes-Angestelltentarifvertrag - BAT“), Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 39. Erg.-Lfg. vom April 1999, 1014 Seiten, in Plastikordner), 79,00 DM; Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München, 1999. 6204/19

Arbeitsstätten

Arbeitsstättenverordnung und Arbeitsstätten-Richtlinien mit ausführlicher Kommentierung, sonstige für Arbeitsstätten wichtige Vorschriften, Regeln, Normen und umfassendes Stichwortverzeichnis. Herausgegeben von Rainer Opfermann und Dr. Wilhelm Streit, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 18. Erg.-Lfg. vom April 1999, ca. 5400 Seiten, 4 Ordner) 498,00 DM; Forkel-Verlag, Heidelberg, 1999. 6412/11

Das neue Praxishandbuch EXCEL

Loseblattwerk im DIN-A4-Plastikordner, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 4/99 vom Oktober 1999, ca. 600 Seiten) 98,00 DM, Verlag für Wirtschaft, Recht und Steuern, München-Planegg, 1999. 6498/12

BUCHBESPRECHUNGEN

Digitale Reprografie

Von P. W. Prieß, 288 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag, 98,00 DM, Reprografie Verlags- und Beratungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, 1995.

Die Reprografie-Branche erlebt derzeit einen starken Umbruch. Dabei sieht sie sich einerseits steigender Umsätze und andererseits einem Preisverfall in der Dienstleistung gegenüber. Die Suche nach Methoden und Werkzeugen zur Reduktion von Kosten ist ein permanenter Prozess und vermutet im Einsatz digitaler Technik große Potenziale. Wie findet die digitale Technik ihren Einsatz in der Reprografie und welchem Konzept folgt sie dabei? Das Buch „Digitale Reprografie“ stellt Grundlagenwissen über digitale Technik zur Verfügung und entwirft von der Eingabe über die Verwaltung/Verteilung bis zur Ausgabe/Speicherung ein Konzept für den Einsatz von digitalen Techniken in Druckereien. Dabei bietet der Entwurf neben einer Beurteilung des technisch Möglichen ausführliche Kosten-/Nutzen-Betrachtungen und eine Markteinschätzung. Aus dem Blickwinkel eines Sachverständigen der Entwicklung digitaler Informations-Management-Systeme wird ein Entwurf digitaler Reprografie vorgestellt, der als bestandsaufnehmendes Gesamtkonzept Diskussionsgrundlage sein will. 6788

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM JANUAR 2000

(K – mit Kreisergebnissen, G – mit Gemeindeergebnissen
 ☐ – auf Diskette lieferbar, ● – auf CD-ROM lieferbar)

Statistische Berichte

Die Beteiligung der Bevölkerung Hessens am Erwerbsleben im April 1999 (Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-Stichprobe); (A VI 2-j/99)	6,00 DM
☐, Excel	9,00 DM
Die Diagnosen der Krankenhauspatienten in Hessen (A IV 9 - j/98)	8,00 DM
☐, Excel	12,00 DM
Die beruflichen Schulen in Hessen 1999, Stand: 1. November 1999 (Vorläufige Ergebnisse); (BII 1 - j/99)-Vorbericht	6,00 DM
☐, Excel	9,00 DM
Schlachtungen in Hessen im November 1999; (CIII 2 - m 11/99)	5,00 DM
Weinbestände in Hessen im Jahr 1999; (C IV 5 - j/99)	5,00 DM
Das Ausbaugewerbe in Hessen im 3. Vierteljahr 1999 (Bauinstallation und Sonstiges Baugewerbe); (E III 1 - vj 3/99); (K)	6,00 DM
☐, Excel	9,00 DM
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im November 1999 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau); (E II 1 - m 11/99); (K)	6,00 DM
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im November 1999; (E I 1 - m 11/99); (K)	8,00 DM
Öffentliche Energieversorgung in Hessen im Oktober 1999; (E IV 2 mit E IV 3 - m 10/99)	5,00 DM
Das Handwerk in Hessen im 1. Vierteljahr 1999 (Ergebnisse der repräsentativen Handwerksberichterstattung); (E V 1 - vj 1/99)	6,00 DM
Baugenehmigungen in Hessen im November 1999; (F II 1 - m 11/99)	5,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel in Hessen im Oktober 1999 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 10/99)	6,00 DM

Die Ausfuhr Hessens im September 1999 (Vorläufige Zahlen); (G III 1 - m 9/99)	6,00 DM
Die Einfuhr (Generalhandel nach Hessen im September 1999 (Vorläufige Zahlen); (G III 3 - m 9/99)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im Oktober 1999 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 10/99)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im Oktober 1999 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - 10/99)	5,00 DM
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr in Hessen im Oktober 1999 und im Sommerhalbjahr 1999 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 10/99); (G)	10,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel in Hessen im November 1999 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 11/99)	6,00 DM
Die Ausfuhr Hessens im Oktober 1999 (Vorläufige Zahlen); (G III 1 - m 10/99)	6,00 DM
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Oktober 1999 (Vorläufige Zahlen); (G III 3 - m 10/99)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im November 1999 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 11/99)	6,00 DM
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr in Hessen im November 1999 (Vorläufige Ergebnisse) (G IV 1 - m 11/99); (G)	10,00 DM
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im November 1999; (H I 1 - m 11/99 — Vorauswertung); (K)	5,00 DM
Binnenschifffahrt in Hessen im Oktober 1999; (H II 1 - m 10/99); (H)	6,00 DM
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Oktober 1999 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 10/99)	6,00 DM
Das Aufkommen an staatlichen Steuern in Hessen im September 1999; (L I 1 - m 9/99)	5,00 DM
Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern in Hessen im 3. Vierteljahr 1999 (Kassenmäßiges Aufkommen); (L I und L II/S - vj 3/99)	5,00 DM
Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke in Hessen im November 1999 und im Jahr 1999; (M I 4 - vj 4/99)	6,00 DM
Messzahlen für Verbraucherpreise und Preisindizes der Lebenshaltung in Hessen im Dezember 1999 und für die Jahre 1996 bis 1999; (M I 2 - m 12/99)	10,00 DM
Messzahlen für Verbraucherpreise und Preisindizes der Lebenshaltung in Hessen im Januar 2000; (M I 2 - 1/00)	10,00 DM
Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe in Hessen im Oktober 1999 und im Jahr 1999 (Teil I: Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe); (N I 1 - vj 4/99 - Teil I)	8,00 DM
Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe in Hessen im Oktober 1999 und im Jahr 1999 (Teil II: Angestelltenverdienste); (N I 1 - vj 4/99 - Teil II)	10,00 DM
Zusammenfassende Berichte	
Hessen unter den Ländern der Bundesrepublik (Ausgabe II/1 999); (Z I - hj/1 999-2)	8,00 DM
Verzeichnisse	
Verzeichnis der Kindertagesstätten; Ausgabe 1998	24,00 DM
☐, Excel, Word	210,00 DM

Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden